

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Juni 2000 Nummer 224
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Neue Arbeitsplätze auf dem Land

Weinbauern und Landwirte in der Südpfalz machen es vor: Aus der Zusammenarbeit von Arbeitsamt und Maschinenring haben 110 vormals arbeitslose Menschen einen Dauerarbeitsplatz in der Landwirtschaft gefunden. Für den Einstieg gibt das Arbeitsamt einen Lohnzuschuss und erprobt damit in einem Pilotprojekt den Kombilohn in der Landwirtschaft. Die ehemaligen Arbeitslosen finden ein neues Selbstbewusstsein, und die Betriebe sind auch zufrieden.

Schwerpunkt auf den Seiten 12 – 14

Politik

Bevor der Sommerraps blüht

Noch haben die deutschen Behörden keine Anordnung zur Vernichtung derjenigen Rapsfelder gegeben, die mit gentechnisch verändertem Raps verunreinigt sind. In Frankreich und Schweden ist das bereits erfolgt. Die Brisanz der Verunreinigung wird unterdessen durch Funde von veränderten Genen im Bienendarm unterstrichen. Seite 3

Schweinebestände werden abgeriegelt

In den Bundesländern wird an der Umsetzung der Schweinehygiene-Verordnung gearbeitet. Betriebe müssen Zäune ziehen und Stiefel kaufen. Ob damit allerdings die Ursachen von Schweinepest eingedämmt werden können, ist zweifelhaft. Zum Stand der Dinge Seite 16

Märkte

Kartoffelzüchter nehmen zu leicht

Die konventionellen Pflanzenzüchtfirmen sind in die Erzeugung von Kartoffel-Pflanzgut für den Ökolandbau längst eingestiegen. Doch mit dem Engagement der Züchter sind vermehrende Biobauern nicht zufrieden. Sie fordern mehr Angaben zur Herkunft und eine bessere Etikettierung. Seiten 10 – 11

Strukturbruch durch neue Quotenbörse

Im Vorfeld der neu eingeführten Milchquotenbörse ist es zu einem starken Strukturwandel gekommen. In einzelnen Regionen sind 10 bis 15 % der Milchquoten bewegt worden. Damit die Quote nicht weiter vom Grünland- zum Ackerstandort wandert und sich auf wenige Betriebe konzentriert, muss jetzt nachgebessert werden, fordert Bernd Voß im Kommentar. Seite 2

Bewegung

DBV verweigert Zusammenarbeit

Bei einem Gespräch der Interessengemeinschaft gegen Nachbaugebühren mit der DBV-Spitze hat diese eine Zusammenarbeit abgelehnt. Die Interessengemeinschaft hatte fünf konkrete Punkte vorgeschlagen, an denen ein gemeinsames Vorgehen sinnvoll ist. „Der DBV steht nicht auf Seiten der Bauern, sondern auf Seiten der Züchter“, kommentiert Adi Lambke auf Seite 5

Vorwurf der Ungleichbehandlung

Der Vorwurf, bei der Verpachtung der umfangreichen staatlichen Flächen in Mecklenburg-Vorpommern hätten Beziehungen aus DDR-Zeiten eine große Rolle gespielt, so dass kleine und mittlere Betriebe benachteiligt worden seien, prägte eine Veranstaltung des neuen AbL-Landesverbandes. Seite 7

Ziel des neuen Milchquotensystems

soll die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der wirtschaftenden Betriebe sein. Die angekündigte Systemänderung hin zur Quotenbörse führte zu einem Strukturbruch in der Milchwirtschaft. Das vorhandene und noch geschürte Misstrauen in die Neuregelung ist dermaßen groß, dass in den letzten Monaten Preise jenseits der betriebswirtschaftlichen Vernunft für Quotenkauf und -pacht gezahlt wurden. Dabei sind in einzelnen Regionen 10 - 20 % der Milchmenge bewegt worden. Im Bereich der Molkerei Nordmilch haben von 18.000 Lieferanten innerhalb eines Jahres 14 % die Milchlieferung eingestellt, über 740 alleine im März 2000. Der Strukturwandel von mindestens zwei Jahren ist vorweggenommen worden - eine enorme Arbeitsplatz-Vernichtung, und das vor dem bekannten Hintergrund von rund 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland.



Ein nachhaltige Strukturpolitik wird mit dem neuen Quotensystem verweigert. Die Quote wird überwiegend in große Betriebe wandern, wo oft Kostenvorteile bei Arbeit, Gebäuden und Maschinen von bis zu über 10 Pfennig je Liter Milch erwartet werden.

Es ist kein Futterflächennachweis für den Erwerb der Quote vorgesehen, wie wir ihn angemahnt haben. Dies treibt die Milcherzeugung in extreme Landwirtschaftsformen, die von der Fläche

und besonders vom Grünland abgekoppelt sind. Die Energieeinheit im Mais ist dank Silomaisprämie (bei immer noch fehlender Grünlandprämie) billiger als im frischen Gras der Weide. Die Kosten pro 10 MJ betragen bei Weidehaltung 19,3 Pfennig, bei Maissilage 13, 6 Pfennig und bei Grassilage bei 23,6 Pfennig (Rinderreport S-H).

KOMMENTAR

Neues Quotensystem

über Grünlandbetrieben. Entsprechend werden die Grünlandquotenmäßig leergekauft, und die Kuh wird vom Grasperwerter zum Nahrungsmittelkonkurrenten des Menschen. Wenn Strukturpolitik verweigert wird, muss hinterher - oft zu spät und mit negativen administrativen Folgen für alle Landwirte - die Umweltpolitik eingreifen.

Die neue Regelung ist mit dem Vorzeichen eingeführt worden, dass im Jahr 2006/08 die Milchquote endgültig abgeschafft werden soll. 'Dies soll als Gleitflug organisiert werden', lauten heute zahlreiche politische Erklärungen. Zu befürchten ist aber, dass die Vorentscheidung nicht in diesem Jahr fällt, wie im Bundeslandwirtschaftsministerium für notwendig erachtet wird; dass auch 2003 keine stichhaltige Bewertung erfolgt; sondern 2007 kurz vor Schluss entschieden wird. Die Quote soll erstmal von den Milchbauern gekauft werden, um sie dann durch politische Entscheidungen abzuschaffen. Das Börsenmodell hat damit einen gravierenden Kapitalabfluss von den Milchviehbetrieben zur Folge - die relativ gesunde Eigenkapitalstruktur dieser Betriebe wird sich im Laufe der nächsten Zeit vielfach gefährlich wandeln.

Die AbL hat diese Entwicklungen vorhergesagt; wir wollten ein Lieferrechtsmodell. Nun muss es zu Nachbesserungen beim Börsensystem kommen (siehe Seite 8 dieser Bauernstimme), für das Bauernverband und Bundesregierung die politische Verantwortung tragen.

Bernd Voß, Milchbauer in Schleswig-Holstein und Beisitzer im AbL-Bundesvorstand

Kleinbauernorganisation fordert Agrarreform

Recht auf Nahrung, Arbeit und Umwelt als neue agrarpolitische Leitlinien. Pressekonferenz zum Weltbauerntag

Wir wollen für die Ernährung unserer Kinder und zukünftiger Generationen mit gesunden Nahrungsmitteln die Verantwortung übernehmen", sagte der Sprecher von La Via Campesina, Egidio Brunetto aus Brasilien, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) anlässlich des Weltbauerntages in Hannover. La Via Campesina ist ein Zusammenschluss von Landarbeitergewerkschaften und klein- und mittelbäuerliche Organisationen aus über 60 Ländern. Brunetto kritisierte die neoliberale Wirtschaftspolitik der Industrieländer: „Diese Politik zerstört bäuerliche Existenzen und bedroht den sozialen Frieden vieler Gesellschaften“. La Via Campesina kämpft für das Selbstbestimmungsrecht bei der Nahrungsmittelherzeugung, für vielfältige, kulturell geprägte Produktionsformen. „Deshalb haben wir gegen die WTO-Verhandlungen protestiert und deren Scheitern begrüßt. Wir fordern die WTO, die Welthandelsbank und die westlichen Industrieländer auf, endlich

geringeren Einsatz von kapitalintensiven, chemischen und gesundheitsschädlichen Betriebsmitteln auszeichnen.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der AbL, forderte eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik. „Eine Landwirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und erhält und umweltschonend produziert, muss dabei Ausgangspunkt sein.“ Um deutliche Zeichen seitens der EU für einen solidarischen fairen Handel zu setzen, sollten Exportsubventionen gestoppt, Patente auf Pflanzen und Tiere verboten, ein 10jähriges Moratorium für die gentechnische Erzeugung von Lebensmitteln beschlossen und Sanktionen gegen Länder verhängt werden, in denen Bauern und Landarbeiter verfolgt und ermordet werden, die sich für Menschenrechte und Agrarreformen einsetzen.

Für Peter Rottach von Brot für die Welt ist der „ethische Schleier“ der Gentechnik längst gefallen. Während Befürworter der Gentechnik, wie z. B. die Spitze des Deutschen Bauernverbandes, diese als einzi-



Agrarreformen, die Armut und Hunger bekämpfen, ohne Arbeitsplätze aus der Landwirtschaft zu drängen, werden von AbL, FIAN und Via Campesina seit langem gefordert.

in einen demokratischen Dialog über fairen Handel ohne Dumping einzusteuern."

Sofia Monsalve, Sprecherin der Menschenrechtsorganisation FIAN International, stellte die weltweite Kampagne für Agrarreformen vor: „Die Agrarreform ist das zentrale Mittel, damit Bäuerinnen und Bauern den Zugang und die Kontrolle über Land, Saatgut, Wasser und andere produktive Ressourcen erhalten.“ Diese Rechte seien nur mit nachhaltigen Produktionsweisen zu gewährleisten, die sich einerseits durch höhere Arbeitsintensität und andererseits durch

ges Instrument zur Hungerbekämpfung anpreisen, kennzeichnete er die damit verbundene gefährliche Abhängigkeit von multinationalen Konzernen und ihren Profitinteressen. Eine Strategie der Hungerbekämpfung müsse den Menschen in ihren Heimatregionen trotz begrenzter Ressourcen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Ein ständig ausreichender Zugang zu Lebensmitteln sei für ihn nicht durch Gentechnik zu erreichen sondern durch eine sinnvolle Kombination von konventionellen und ökologischen Maßnahmen zur Bearbeitung der Böden.

Erster Raps vernichtet

Anders als in Frankreich und Schweden darf bei uns der mit „Gen-Raps“ verunreinigte Sommerraps stehen bleiben. Doch ein Acker ist geräumt

Nun ist auch in Deutschland der erste Acker mit Raps, in dem verbotene Beimengungen einer gentechnisch veränderten Sorte gefunden wurden, geräumt. Mit öffentlichkeitswirksamer Unterstützung von etwa 20 Greenpeace-Aktivisten hat ein schwäbischer Bauer bei Ulm den Sommerraps als Häckselgut vom Feld geholt. Das Saatgut des Sommerrapses stammte aus einer Charge, in der baden-württembergische Behörden bei einer routinemäßigen Saatgutkontrolle Spuren von gentechnisch verändertem Raps (mit Roundup-Resistenz) gefunden haben.

Erklärt wird die Verunreinigung des in Kanada vermehrten Rapses mit Auskreuzungen von Gen-Raps-Feldern. Das Bundeslandwirtschaftsministerium geht davon aus, dass in Deutschland auf etwa 300 ha das von der niederländischen Saatgutfirma Advanta Seeds aus Kanada importierten Saatgut der Sorte „Hyola 401“ angebaut worden ist. Andere Teile der Charge sind nach Frankreich (für ca. 600 ha), Schweden (ca. 500 ha), Großbritannien (4.700 ha) und Luxemburg (33 ha) geliefert worden.

Nach europäischem Recht ist die Aussaat gentechnisch veränderten Rapses nur mit Genehmigung im Einzelfall erlaubt. Doch bei gleicher Rechtslage gehen die genannten EU-Länder mit dem Problem unterschiedlich um.

Die französische Regierung hat am 25. Mai die Vernichtung der Rapsfelder angeordnet. In Schweden müssen die betroffenen Landwirte den Raps bis zum 7. Juli vor der Samenreife vernichten. Die Regierungen in England und Deutschland wollen bisher keine Anordnung zur Vernichtung erteilen.

Die Bundesregierung hat das zunächst mit der nur sehr geringen Verunreinigung von gemessenen 0,03 % begründet. Mittlerweile ist die Sprachregelung, dass für den Vollzug und die Überwachung des Gentechnikrechts die Bundesländer zuständig sind. Dabei greife das Verbot ohne Toleranzgrenze für die Freisetzung von nicht genehmigten transgenen Organismen im Gentechnikgesetz. Aber ob die Länder handeln oder nicht, liege in ihrem Ermessen.

Ländersache

Zunächst hieß es, das betroffene Saatgut sei ganz überwiegend nach Baden-Württemberg gegangen. Mittlerweile haben Recherchen des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums erge-

ben, dass der größte Teil nach Bayern verkauft wurde, gefolgt von Baden-Württemberg und anderen Bundesländern.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Miller hat das Landesamt beauftragt zu ermitteln, an wen das Saatgut verkauft worden ist. Die nordrhein-westfälische Ministerin Höhn hat angekündigt, dass Proben von den bereits ermittelten Feldern auf gentechnische Veränderungen hin untersucht würden; im Falle eines Befunds werde der Raps vom Land aufgekauft und vernichtet.

Baden-Württemberg hingegen steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die Anordnung der Vernichtung vor den Gerichten keinen Bestand haben würde, weil sie unverhältnismäßig sei. Greenpeace gibt sich mit dieser Haltung nicht zufrieden und hat bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart Strafanzeige gegen das Stuttgarter Umweltministerium Strafanzeige wegen Unterlassung gestellt, denn laut Greenpeace-Sprecherin Stephanie Töwe ist die Rechtslage ist völlig eindeutig: „Jeder Verstoß gegen die Zulassungsbestimmungen von Gen-Pflanzen muss im Interesse von Mensch und Umwelt scharf geahndet werden.“ Auch gegen die Saatgutfirma Advanta Seeds hat Greenpeace Strafanzeige gestellt, denn die Firma habe ohne Genehmigungen den genmanipulierten Raps über Zwischenhändler an Bauern vertrieben. *uj*



Dass Bienen den Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen weit umhertragen war bekannt – nicht aber, dass ihre Darmflora die neuen Gene einbaut. Foto: Ottenottebrock

Raps-Gene im Bienendarm

Nachweis der Genübertragung von „Gen-Raps“ auf Darmbakterien

Von Menschenhand veränderte Gensequenzen breiten sich weit stärker aus als von Gentechnik-Befürwortern bisher zugegeben. Wissenschaftler am Institut für Bienenkunde der Universität Jena haben das veränderte Gen eines herbizidresistenten Rapses in der Darmflora von Honigbienen nachgewiesen. In der ZDF-Sendung „planet e“ vom 21. Mai beschrieb der Leiter der vierjährigen Untersuchung, Prof. Dr. Kaatz, dass im ersten Jahr in mehreren Bienen gentechnisch veränderten Mikroorganismen gefunden worden sind, die offenbar das

veränderte Gen aus dem Raps-Pollen aufgenommen haben. „Das waren Bakterien. Im Jahr darauf haben wir bei einer Heife auch aus dem Bienendarm gefunden, dass diese scheinbar das Gen aus der Pflanze in ihr eigenes Genom aufgenommen hat“, so Kaatz.

Das ZDF bewertete diesen Befund als „Sensation“: „Das Genom von Pflanzen und Bakterien ist so unterschiedlich, dass eine Übertragung von Genen bisher nicht als wahrscheinlich angesehen wurde.“ Die Firma AgreVo verteidigte gegenüber dem ZDF jeden Kommentar zu den Ergebnissen. *uj*

„Weitreichende Bedeutung“

Interview mit Dr. Beatrix Tappeser vom Öko-Institut Freiburg zum Befund im Bienendarm:

Bauernstimme: Was ist das Besondere an den Ergebnissen aus Jena?

Dr. Tappeser: Das Besondere ist, dass offensichtlich erstmals ein horizontaler Gentransfer im Bienendarm nach der Aufnahme von Pollen von transgenen Pflanzen gezeigt werden konnte, dass also Gensequenzen, die in den Raps eingebracht worden sind, über den Pollen an Bakterien im Bienendarm übertragen worden sind, denn sie sind dort wiedergefunden worden.

Aber die Gefahr einer unkontrollierten Ausbreitung veränderter Gene haben Kritiker doch schon lange beschrieben.

Das haben Kritiker immer gesagt, aber von der offiziellen Wissenschaft und dem, was bei der Risikoabschätzung der Gentechnik zugrunde gelegt wurde, ist dieser Weg immer als absolut vernachlässigbar bzw. eigentlich nicht möglich beurteilt worden. Insofern haben diese Ergebnisse schon weitreichende Bedeutung.

Die Artgrenzen zu Bakterien zu überschreiten ist anscheinend leicht möglich. Aber damit sind die veränderten Gensequenzen ja noch nicht in der Biene oder gar im Menschen aufgetaucht.

Ja und nein. Bisher ist ein horizontaler artgrenzenüberschreitender Gentransfer auf Mikroorganismen nach dem Stand des Wissens ein sehr seltenes Ereignis. Aber die Frage stellt sich

nun neu, ob diese Form des horizontalen Transfers nicht durch die neuen, artgrenzenüberschreitend zusammengesetzten Genkonstrukte, die in Pflanzen eingebracht werden, erleichtert wird und auch im Darm anderer Lebewesen, einschließlich des Menschen, stattfinden kann. Spätestens jetzt muss man genauer hingucken, denn bisher war ja die Wahrnehmung, dass das eigentlich so gut wie nicht vorkommen wird. Auch wenn die Verhältnisse in einem Insektdarm sich sehr stark von den Verhältnissen in einem Säugetierdarm unterscheiden, so weist die Studie doch darauf hin, dass immer wieder Wege entdeckt werden, die man lange für vergleichs-

weise unwahrscheinlich oder gar unmöglich gehalten hat.

Wird in diesem Bereich der Risikoforschung genug getan?

Das Beispiel zeigt, dass da noch mehr geforscht werden muss und dass es vor allen Dingen auch viele Genehmigungen gibt, die auf der Basis doch reichlich unvollständigen Wissens gefällt worden sind. Ein spezielles Problem bei der Risikoforschung scheint mir zu sein, dass – wenn überhaupt –, dann ganz überwiegend agronomische Aspekte untersucht werden, die ökonomische oder anbautechnische Frage betreffen, aber die Wirkungen auf das Ökosystem eigentlich nur in Einzelfällen untersucht werden. Hier werden die Ergebnisse hoffentlich zu Veränderungen führen.

Vielen Dank für das Gespräch. *uj*



Dr. Tappeser

Unilever will GV-Produkte ersetzen

Der niederländische Nahrungsmittelkonzern Unilever will keine gentechnisch veränderten Rohstoffe mehr verarbeiten, wie das niederländische Allgemeine Dagblad berichtet. Als Grund werden rückläufige Verkaufszahlen genannt. Zuletzt enthielten 60 % der Unilever-Produkte gentechnisch veränderte Zutaten, so das Blatt. pm

McDonald's USA will keine GV-Pommes

In den USA hat McDonald's seine Pommes-Lieferanten dazu verpflichtet, keine gentechnisch veränderten Kartoffeln zu verarbeiten. Laut Nachrichtenagentur Reuters sind diese Vorgaben von großen Lieferanten bereits an ihre Erzeuger weitergegeben worden, die nun damit klarkommen müssen. pm

Landeskirche verbannt Gentechnik

Die Landessynode Hannover der Evangelischen Kirche hat mit großer Mehrheit eine Empfehlung an die örtlichen Kirchengemeinden beschlossen, auf den kircheneigenen Flächen keine Gentechnik zuzulassen. In die Pachtverträge soll eine Passage aufgenommen werden, dass bis zum 30.09.2005 gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut auf den Pachtflächen nicht ausgesät und gepflanzt werden darf. Ein Gentechnik-Verbot ist im kirchlichen Bereich bereits auf den Flächen der Evangelischen Kirche in Sachsen-Anhalt umgesetzt. Im letzten Herbst hatte der Ausschuss für den Dienst auf dem Lande der Evangelischen Kirche Deutschland eine entsprechende Empfehlung an alle Landeskirchen beschlossen (die Bauernstimme berichtete). en

Gentechnik volkswirtschaftlich teurer

Einer Studie des Umweltschutzverbandes WWF Schweiz zufolge wären mit der Einführung der Gentechnik in die Landwirtschaft zusätzliche Kosten für die Volkswirtschaft verbunden. Untersucht wurden die Kosten, um getrennte Erzeugungs- und Absatzwege für Produkte mit und ohne Genveränderung zu gewährleisten. Das schließt teure Trennstreifen zum Schutz vor Gentransfer durch Pollen in Form von mehreren hundert Meter breiten Sicherheitsgürteln sowie eine zuverlässige Kennzeichnung mit ein. Zusätzlich ergaben sich Kosten für die Kontrolle. Entsprechend erhöhten sich die Verwaltungskosten, die von der Allgemeinheit getragen werden müssten. Befürworter der Gentechnik kritisierten die Studie und hielten die Kostenentlastung durch weniger Spritzmittelverbrauch dagegen. pm

Edinburgh will auf Patent verzichten

Die Universität von Edinburgh will auf das heftig umstrittene Patent auf gentechnisch veränderte menschliche Embryonen verzichten. Vor Wochen erst war in der Öffentlichkeit bekannt geworden, dass das Europäische Patentamt (EPA), München, dieses erste Patent auf menschliche Embryonen „aus Versehen“ – wie es hieß – erteilt hatte. Einem Sprecher des EPA zufolge liegen dem Amt zwei Anträge vor, das Patent zu verändern und auf nicht-menschliche Lebewesen zu beschränken. pm

CP verurteilt tödlichen Anschlag

Die französische Bauernvereinigung CP (Confédération paysanne) verurteilt das Attentat auf McDonald's in Dinan, der ein Todesopfer gefordert hat, aufs schärfste und fordert die rigorose Aufklärung des Verbrechens. Mit dem gewaltlosen Kampf der CP gegen ultraliberale Globalisierung der Wirtschaft sowie Unrecht gegenüber Bauern und großen Teilen der Bevölkerung dürfe diese Tat auf keinen Fall in Verbindung gebracht werden. So sei auch die symbolische Demontage des McDonald's in Millau (siehe Bauernstimme 3/00) vom Volk verstanden und von der Mehrheit unterstützt worden. Der blinde, mörderische Akt von Dinan rufe dagegen nur Abscheu und Verurteilung hervor. pm

Anteil des Nachbaus gestiegen

Die Bauern haben für die kommende Ernte rund 3 % weniger Z-Saatgut (zertifiziert) gekauft und verwendet als in der Saison zuvor, wo der Anteil von Z-Saatgut bei 59 % gelegen hat. Diese Schätzung hat der Gemeinschaftsfonds Saatgetreide (GFS) bekannt gegeben. Offensichtlich hätten die frühe Ernte 1999 und die günstigen Witterungsbedingungen zur Saatzeit die Landwirte dazu bewogen, etwas mehr eigenes Erntegut (Nachbausaatgut) einzusetzen, so der GFS. Verstärkt worden sei dieser Trend dann durch die große Flächenausdehnung bei den Winterungen. pm

Niem-Baum befreit

Europäisches Patentamt hat Einspruch anerkannt. Patent aufgehoben

Nach einer zweitägigen Anhörung hat die Einspruchskammer des Europäischen Patentamts, München, am 10. Mai das Patent auf die Verwendung von Extrakten des Niembäum-Samens als Fungizid aufgehoben. Damit war ein international organisierter Widerstand gegen die 1994 erfolgte Erteilung des Patentes erfolgreich, der sich dagegen wehrt, dass in Indien seit Jahrhunderten bekannte Wirkungen und Anwendungen des Niembäum-patentiert und damit zum geistigen Eigentum irgendwelcher Organisationen oder Firmen wird. Inhaber des Patents EP 0436257 B1 waren das US-Landwirtschaftsministerium und der multinationale Chemiekonzern W.R. Grace, New York, der ein

Pflanzenschutzmittel auf Basis des Niemböls herstellt und vertreibt. Das Europäische Patentamt konnte nun nach der Anhörung in dem Patent keine Neuheit mehr erkennen und gab damit dem Einspruch statt. Diesen Einspruch hatten Mitte der 90er Jahre stellvertretend für den internationalen Widerstand die indische Wissenschaftlerin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises Vandana Shiva, die heutige belgische Umweltministerin Magda Alvoet (Grüne) sowie die IFOAM (Internationale Vereinigung der Ökolandbauverbände) eingelegt. Untermuert wurde der Einspruch nun in München mit der Übergabe von 500.000 Unterschriften indischer Bauern und Bäuerinnen. Für IFOAM-Präsidentin Linda Bullert bedeutet die Aufhebung des Patents einen großen Erfolg „für uns und für die Menschen der Welt, besonders der Dritten Welt, die gegen die Patentherrschaft des Nordens um Kontrolle über die Naturreichtümer und Erfahrungsschätze ihrer Regionen kämpfen.“ Sie hofft nun, dass das Patentamt 11 weitere Niemb-Patentanmeldungen ebenfalls zurückweist. uj



Manchmal führt hier Protest zu Erfolg. Foto: Böck

Brief an Kirchen

ABL-Frauen schreiben an Präses Kock und Bischof Lehmann

Die Kirchen in Deutschland sollen sich bei der Auseinandersetzung um die Gentechnik und ihre Folgen ihrer Verantwortung stellen und eindeutig Stellung beziehen gegen den Eingriff in die Schöpfung. Diese Aufforderung formulieren Bäuerinnen der ABL in einem Brief an die Spitzen der evangelischen und katholischen Kirchen, Präses Kock und Bischof Lehmann. Denn: „Als Frauen und Bäuerinnen fühlen wir uns von unseren Kirchen im Stich gelassen.“ Anlass ist die jüngste Praxis des Europäischen Patentamtes, Patente auf gentechnisch veränderte Zellen von menschlichen Embryonen als auch auf gentechnisch veränderte Pflanzen zu erteilen (die Bauernstimme berichtete). „Wo bleibt der große Aufschrei der Kirchen“, fragen die Bäuerinnen.

In dem Brief heißt es: „Am 11.04.2000 wurde am Europäischen Patentamt (EPA) in München dem Gentechnikkonzern Monsanto ein Patent, das zahlreiche Pflanzensorten umfasst, erteilt. Das ist geschehen, obwohl Patente auf Saatgut und Pflanzensorten in der EU eigentlich verboten sind. (...) Schon im Februar diesen Jahres war das EPA in die Schlagzeilen geraten, als öffentlich wur-

de, dass das Amt ein Patent auf genmanipulierte menschliche Embryonen erteilt hatte. (...)

Wie kann es sein, dass über Jahrzehnte hinweg um die Ausgestaltung des § 218 gestritten wird. (...) Wo bleibt der große Aufschrei unserer Kirchen, wenn Konzerne wie Monsanto oder Novartis an der Substanz, nämlich der Erbmasse, von Pflanzen und Tieren manipulieren und nicht zu letzt auch mit menschlichem Leben experimentieren und Embryonen bereits patentiert sind?

Bäuerliche Familien haben über viele Jahrhunderte hinweg in Achtung vor Gottes Natur gelebt und gearbeitet. Und nun müssen wir erleben, wie Industriekonzerne Gottes Schöpfung für ihre Zwecke „umbauen“ und nach Gutdünken bzw. nach Profit manipulieren. (...) Als Frauen und Bäuerinnen fühlen wir uns von unseren Kirchen im Stich gelassen. Es ist nicht genug, wenn ein Vatikanvertreter oder einzelne Bistümer bzw. kirchliche Gruppen sich zu Wort melden! Vielmehr muss eine große öffentliche Diskussion losgetreten werden, um das ganze Ausmaß dieser Technologie aufzuzeigen.

Ansprechpartnerin: ABL-Bundesvorsitzende Maria Heubach, ☎ 07561-5937

Bauernverband zeigt die kalte Schulter

Beim Gespräch mit der IG gegen Nachbaugebühren zeigte DBV-Spitze keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit

Für den 9. Mai war ein Gespräch der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes (DBV) Gerd Sonnleitner ausgemacht. Dieser ließ sich dann allerdings kurz vorher entschuldigen und schickte DBV-Generalsekretär Dr. Helmut Born. Die Interessengemeinschaft forderte den DBV zur Zusammenarbeit in folgenden 5 Punkten auf:

- Durchsetzung des vom DBV bereits geforderten und von den Züchtern abgelehnten Moratoriums (Ruhe lassen der Klagen gegen Bauern, bis es obergerichtliche Klärung der Rechtslage gibt);
- gemeinsame Weiter- und Durchführung bereits laufender so wie noch zu führen-

der Musterprozesse;

- gemeinsame Unterstützung des Widerstandes der Saatgutaufbereiter gegenüber dem Ausforschungsbegehren der Saatgut-Treuhand;
- Unterlassung der Behauptung des DBV, auskunftsverweigernde Landwirte würden sich strafbar machen;

- gemeinsame Initiierung einer politischen Reform der Nachbaugesetze. Dr. Born lehnte eine Zusammenarbeit in allen Punkten ab und betonte, dass der DBV im Grunde mit den Nachbaugesetzen einverstanden sei und lediglich - aber das dann auch allein - über Verbesserungen im Kooperationsabkommen sowie den Nachbaugebührenhöchstsatz von 80 % mit den Pflanzzüchtern streiten wol-

le. Des weiteren lehnte Born das Ansinnen der Vertreter der Interessengemeinschaft ab, doch noch ein Gespräch mit dem Präsidium des DBV führen zu wollen. Man sei erst bereit dazu, wenn die Interessengemeinschaft Bäuerinnen und Bauern öffentlich dazu aufrufen würde, nicht länger ihre DBV-Beiträge zu kürzen, um damit den Beitrag für die Interessengemeinschaft zu zahlen.

Termin in Braunschweig!

Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze ruft ihre Mitglieder und alle Interessierten auf, am

8. Juni um 12.00 Uhr

an der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Braunschweig, Bankplatz 6, teilzunehmen. Dort wird über ein Urteil der Landgerichts Braunschweig verhandelt, das einem Bauern zu einem wesentlichen Teil Recht gab und den allgemeinen Auskunftsanspruch der Saatgut-Treuhand einschränkte. Info: Georg Janßen, ☎ 04131-407757

„DBV auf Seiten der Züchter“

Zum Gespräch mit Helmut Born ein Kommentar von Adi Lambke

Dr. Born sowie die gesamte DBV-Spitze sind anscheinend der Meinung, die Pflanzzüchter brauchen die Nachbaugebühren und die Landwirte haben sie zu zahlen.

Darum hat der DBV nach der Revision des UPOV-Abkommens 1991, mit dem das Landwirteprivileg auf gebührenfreien Nachbau abgeschafft wurde, auch nichts unternommen, um das Abkommen wieder zu kippen und den Beschluss des EU-Nachbaugesetzes 1994 zu verhindern.

Dass der DBV das Kooperationsabkommen 1996 nur abgeschlossen hat, um die deutschen Landwirte vor „Schlimmerem“ zu bewahren, ist zu bezweifeln! Denn im Protokoll des Bundestags-Agrarausschusses vom 14.5.1997 zum Beschluss des nationalen Nachbaugesetzes hört es sich so an, als sei das Kooperationsabkommen Voraussetzung des nationalen Gesetzes. Dort heißt es: „MR Dr. Däschner, BML, antwortete, (...) man habe bewusst staatliche Regelungen vermieden. Es gehe hier um das Einziehen der Anteile, die für die Züchter wichtig seien, die sogenannte Nachbauggebühr. Dieses Modell sei im Grundsatz und in seiner technischen Ausführung zwischen den Verbänden beschlossen und werde vom Bundesverband der deutschen Pflanzzüchter (BDP) sowie dem Bauernverband gemeinsam praktiziert. Rechtlich sei dies nichts anderes, als die Möglichkeit, ein Privatrecht, das der Züchter innehat, wahrzunehmen. Wenn es das Kooperationsmodell nicht gäbe, könnte die Bundesregierung gleichwohl sagen, dass sie die Ausübung des Rechtes nicht interessiere.“

Der DBV hat das nationale Nachbaugesetz also anscheinend mit erarbeitet. Er hat sich verpflichtet, die Nachbaugesetze gemeinsam mit dem BDP durchzusetzen und ist auch für die technische Ausführung zusammen mit dem BDP verantwortlich!

Der DBV ist somit mitschuldig nicht nur für die grundsätzlichen Fehler der Nachbaugesetze, die unsere Juristen zur Zeit in Musterprozessen ausklagen, sondern auch für alles, was sonst in den Nachbaugesetzen und dem Kooperationsabkommen nicht in Ordnung ist! Ein Beispiel dafür, wie schlecht und wenig durchdacht die Nachbaugesetze und das Kooperationsabkommen sind, ist die Frage des Nachbaugebührenhöchstsatzes im Kooperationsabkommen. Der von der EU erlassene Höchstsatz der Nachbaugebühr wurde auf 40 - 50 % der Lizenzgebühr festgesetzt. Deutsche Bauern zahlen dage-

gen im Kooperationsabkommen als Höchstsatz 80 % Nachbaugebühren, weil die EU ihre Verordnung verspätet erlassen hat und der DBV zuvor das Kooperationsabkommen abgeschlossen hatte. Dies ist nur eines von vielen Problemen, die der DBV zum Schaden der deutschen Bauern mit hervorgebracht hat, wo er aber nun die Bauern der Willkür der Saatgut-Treuhand überlässt.

Die Frage, inwieweit die Bauern in den anderen EU-Ländern Nachbaugebühren zahlen, scheint den DBV ebenfalls nicht zu interessieren. In Frankreich haben sich alle Bauernverbände gegen die Nachbau-

gesetze gewehrt, französische Bauern zahlen darum auch bis heute keine Nachbaugebühren. Auch die Bauern in Belgien, Spanien und Österreich wehren sich bislang noch gegen die Nachbaugesetze, in einigen anderen EU-Ländern gibt es anscheinend Nachbaugesetze, jedoch mit unterschiedlichen Lizenz- und Nachbaugebührenhöhen. Am weitesten sind wir wieder einmal in Deutschland. Von Nachbauprozessen in anderen Ländern ist noch nichts zu hören - nur deutsche Bauern werden von der Saatgut-Treuhand reihenweise vor den Kadi geschleppt, um sie zur Zahlung zu zwingen. Das ist ein Skandal. Erst wenn es eine Harmonisierung des Nachbaurechtes gibt, mit EU-weit gleichen Lizenz- und Nachbaugebühren, erst dann darf es auch

Nachbaugebührenzahlungen deutscher Bauern geben.

Es ist die originäre Aufgabe einer „bäuerlichen Standesvertretung“, die der DBV doch wohl sein will, alle „Nachbauprobleme“ in den Angriff zu nehmen und zu bereinigen. Da der DBV anscheinend nicht bereit ist, diese seine „standespolitische Pflicht“ zu erfüllen, verstehe ich nicht, warum Herr Dr. Born trotzdem verlangt, die Landwirte sollen ihre Beitragspflicht gegenüber dem DBV erfüllen.

Adi Lambke, Sprecher der IG gegen Nachbaugebühren und Nachbaugesetze



Klagedrohung

Die Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV) hat den Landvolkverband Sachsen-Anhalt über ein Hamburger Rechtsanwaltsbüro aufgefordert, nicht mehr zu behaupten, dass nach dem Urteil des Landgerichtes in Braunschweig Landwirte nicht verpflichtet seien, für in Deutschland zugelassene Sorten Auskünfte zu erteilen. Sollte der Verband dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird die Anwaltskanzlei der STV empfehlen, gerichtliche Maßnahmen zu ergreifen. In einer Pressemitteilung zeigt sich Landvolkgeschäftsführer Jochen Dettmer „über das Verhalten der Saatgut-Treuhandanstalt erstaunt“ und weist „diesen Einschüchterungsversuch entschieden zurück“.



CMA-Geschäftsführer entlassen

Der bisherige Geschäftsführer der CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft mbH), Dr. Thomas Hambüchen, ist Mitte Mai zunächst vom Aufsichtsratsvorsitzenden Wendelin Ruf kurzfristig beurlaubt worden. Eine Woche später haben sich Hambüchen und der Aufsichtsrat einvernehmlich getrennt. Laut einer offiziellen Pressemitteilung heißt es, Hintergrund der Trennung sei die „unterschiedliche Auffassung darüber, wie die von Aufsichtsrat und Geschäftsführung gemeinsam verabschiedeten strategischen Unternehmensziele künftig organisatorisch umgesetzt werden sollen.“ pm

Neu gewählter AgrarBündnis-Vorstand

Auf der Jahresmitgliederversammlung des AgrarBündnis am 15. Mai wurde ein neuer Vorstand gewählt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Friedrich von Homeyer (Demeter NRW), Ulrike Ottenottebrock-Völker (AbL) und Dr. Hubert Weiger (BUND) wurden wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Immo Lünzer von der Stiftung Ökologie und Landbau (SÖL) sowie Brigitta Poppe von der Verbraucher-Initiative. Den inhaltlichen Teil der Versammlung bestimmte die Diskussion über den mehr und mehr gebrauchten Begriff der „Multifunktionalen Landwirtschaft“. Die Referenten stimmten darin überein, dass mit dem Begriff versucht werde, Augenwischerei zu betreiben. pm

Aufgegabeltes

„Benzin wieder über 2 Mark! Trost: Aldi und Wal-Mart liefern sich Pfennig-Preiskrieg im Supermarkt. 1 Liter Milch für 78 Pfennig – wird's noch billiger?“
Schlagzeile der BILD-Zeitung am 23. Mai 2000

„Der Schweinemarkt hat mitunter kafkaeske Züge: Klarheit der einzelnen Aussagen bei wachsender Undurchschaubarkeit und Unwirklichkeit des Ganzen. In einem Wort: grotesk.“
Bauernblatt Schleswig-Holstein

Dass Landwirte durch FFH und Wasserschutzgebiete doppelt belastet würden, sei „zwar richtig, aber umgekehrt darf man das nicht so emotional sehen.“
Werner Schnappauf, Bayerische Umweltminister

„Wir sind geradezu besessen von unserem Aktienkurs.“
Patrick Langlois, Finanzchef des Chemiekonzerns Aventis

„Der Mensch lebt nur einmal. Unkraut vergeht nicht.“
Pflanzenschutz-Werbe-Anzeige des Chemiekonzerns „Aventis CropScience“ zu „Ideen für die Landwirtschaft“

„Die Saat geht nicht auf – grüne Gentechnik stößt weltweit auf Vorbehalte“
Schlagzeile in der Lebensmittelzeitung

„Saatgut ist das wertvollste Kulturgut der Menschheit und gehört in die Hände der Gärtner und Bauern.“
Philippe Debrosse, Züchter und Leiter der Ferme de Saint Marthe

„Gene gehören weder Ländern noch Unternehmen. Wenn wir erlauben, dass der Genvorrat, das evolutionäre Erbe von Jahrmillionen, als politisches Eigentum einer Regierung oder intellektueller Besitz einer Firma endet, wird es im 21. Jahrhundert zu Gen-Kriegen kommen.“
Jeremy Rifkin, Ökonom und Sozialethiker in der FAZ

„Wer intensiven Tierhalten empfiehlt, doch die gesamte Außenwirtschaft einem Berufskollegen oder dem Lohnunternehmer zu überlassen, verkennet bäuerliche Mentalität. Ackerbau und Viehzucht sind für viele nur zwei Seiten einer Medaille. Und seien wir ehrlich, für manchen Bauern ist es ein unerträglicher Gedanke, beispielsweise den ganzen Tag im Stall „rumzuwurscheln“. Die Arbeit mit dem Traktor oder auf dem Mähdröschler wird geradezu als Erholung empfunden.“

Stefan Sallen, Pressesprecher des Rheinischen Landwirtschaftsverbands

KURZES AM RANDE

Es geht um mehr als Jogurt

Der Handelskonflikt zwischen Polen und der EU gibt einen Vorgeschmack auf die Beitrittsverhandlungen. Auch deutsch-französische Interessenskonflikte beteiligt?

Die Stimmung für den EU-Beitritt sinkt in der polnischen Bevölkerung. Nach der ersten Euphorie befürchtet man nun, vom Westen überrollt zu werden. Die Jogurtimporte nach Polen sollen im letzten Jahrzehnt um das Tausendfache gestiegen sein. Aufgrund zunehmenden innenpolitischen Drucks wie zahlreicher Bauernproteste sah sich die Regierung schon im Frühjahr letzten Jahres genötigt, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Polen gegen EU

So wurden die seit 1995 kontinuierlich abgebauten Importzölle auf Fruchtjogurt von 9% wieder auf 35% erhöht. Auch andere Güter wie Getreideerzeugnisse sind betroffen. Die EU-Kommission wertet diese Maßnahme als Verstoß gegen das

mitmischen. Denn längst sind sie im Osten präsent und haben dort Produktionsstätten aufgebaut wie z.B. die französische Firma Danone. Auch die deutsche Firma Zott schickt sich an, den polnischen Markt zu erschließen. Sie hat laut Angaben aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium ihr Exportvolumen 1998 mit rund 35.000 t gegenüber dem Vorjahr mehr als verdacht. Da mag es im französischen Interesse liegen, dass Polen den Handel erschwert und dieses Jahr nur ein Kontingent von 16.000 t Fruchtjogurt gegenüber der EU einräumt.

...schon drin!

Ist auch das Programm zur Umstrukturierung und Modernisierung der polnischen Milchwirtschaft Anfang 2000 novelliert



Wenn Polen und die EU um Zölle und Exporterstattungen streiten, spielen Danone und Zott mit.

Europaabkommen von 1997, zumal keine Konsultationen vorausgegangen sind, und hat die Gespräche über die sog. doppelte Null-Lösung zur weiteren Handelsliberalisierung mit Polen abgebrochen. Polen wirft der EU Destabilisierung seines Marktes durch Exportsubventionen vor und macht diese für die Krise der polnischen Landwirtschaft mitverantwortlich. Die Kommission dagegen lässt verlautbaren, dass sie die Milchverarbeitende Industrie in Polen prinzipiell für nicht wettbewerbsfähig halte. Das Exporterstattungs-niveau von rund 14% diene laut deutschem Landwirtschaftsministerium nur dazu, die Milchpreisdifferenz auszugleichen. Zur Zeit bleibt Polen nach Ansicht von Kennern der Szene keine andere Wahl, als den Außenschutz zu erhöhen, da der innenpolitische Druck zu groß sei.

oder Danone gegen Zott?

Gemutmaßt wird ferner, dass auch Industriekonzerne beim Jogurtstreit fleißig

worden, mag die drastische Zollerhöhung die aufgebrachte Bevölkerung in Polen beruhigen, sollten auch die politischen Beitrittsverhandlungen mit Brüssel sich noch lange hinziehen – die wirtschaftliche Eroberung Osteuropas hat längst begonnen. zoe

Säumige Zahler

Die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte jüngst eine Liste von solchen Großunternehmen (Umsatzmilliardären), die immer noch nicht in den Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter eingezahlt haben. Darunter sind erstaunlich viele Firmen aus der Agrar- und Ernährungsbranche bzw. aus dem Lebensmittelhandel, nämlich: Aldi, Schlecker, AVA, BayWa, Claas, Unilever, Edeka, Globus-Handelshof, Karstadt, Kaufhof, Leckland, Lidl & Schwarz, Metro, Philip Morris, Plus, Rewe, Spar, Tchibo, Tengelmann und Toepfer-International. en

Flächenverpachtung über „alte Seilschaften“?

Vorwurf an Politik und Behörden bestimmte Gründungsveranstaltung der AbL Mecklenburg-Vorpommern

Bei der Gründungsveranstaltung des neuen AbL-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern stand ein Vorwurf an Politik, Behörden und die Treuhand-Nachfolgeorganisation BVVG permanent im Raum: dass aufgrund alter „Seilschaften“ die LPG-Nachfolgebetriebe sowie die Betriebe ehemaliger LPG-Leiter vor allem bei der Verpachtung von Treuhand-Flächen deutlich bevorzugt würden gegenüber Neu- oder Wiedereinrichtern mit kleineren oder mittleren Betrieben, die nicht über die alten Verbindungen zur Verwaltung verfügen.

Eigentlich wollten die AbL'er am 8. Mai im Thünen-Museum darüber mit dem Landesminister Till Backhaus (SPD) und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Gerald Thalheim (SPD), diskutieren. Doch aufgrund höherer Umstände mussten beide kurzfristig absagen. Gleichwohl kam auch ohne diese Prominenz das Problem auf den Tisch.

In Mecklenburg-Vorpommern befinden sich rund 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Teil der ehemaligen LPG- und VEG-Flächen) in der Hand der BVVG (Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH), wie der Leiter der Schweriner BVVG-Niederlassung Nagel auf der Veranstaltung bestätigte. Doch wies er die Vorwürfe energisch zurück. Die ersten Flächen seien 1991/92 verpachtet worden, und zwar mit langfristigen Laufzeiten von 12 Jahren. Dabei sei etwa die Hälfte der BVVG-Fläche an LPG-Nachfolgebetriebe gegangen. Die Verpachtung sei jedoch nur eine Übergangslösung,

denn Aufgabe der BVVG sei es, auf Dauer alle Flächen zu verkaufen.

Wie AbL-Landwirt Jörg Gerke ausführte, spiele bei der Auswahl der Pächter ein Pachtvergabeausschuss eine maßgebliche Rolle, in dem der Landesbauernverband (als DBV-Landesverband) mitentscheide, obwohl der ein originäres Interesse habe, dass Flächen an seine Mitglieder gingen – denn nicht zu letzt sei der Mitgliedsbeitrag an den DBV vom Flächenumfang des Betriebes abhängig. Auf jeden Fall laufe wohl etwas nicht ganz gerecht, denn „sobald private Landwirte miteinander sprechen, kommen immer wieder Beispiele zur Sprache, wo Großbetriebe bevorzugt worden sind“, so Gerke.

Problem Mastanlagen

Gerke stellte weitere Punkte vor, wo der neue AbL-Landesverband aktiv werden wolle. Die Landesagrarpolitik müsse das Ziel verfolgen, eher viele kleinere Betriebe zu etablieren und zu unterstützen als wenige Großbetriebe. So forderte Gerke die klare Ablehnung der geplanten Großanlagen zur Schweinemast im „Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern“. Dr. Rudolphi, Abteilungsleiter im Schweriner Landwirtschaftsministerium, der für seinen Minister Backhaus eingesprungen war, hielt dem entgegen, dass Mecklenburg-Vorpommern bei Schweinefleisch

einen Selbstversorgungsgrad von nur 50 % habe. „1920 hatten wir eine Überversorgung“, so Rudolphi. Er engagiere sich hier ausdrücklich, wobei jedoch keine einzige Mark aus dem Agrarinvestitionsprogramm geflossen sei. Zusammen mit



Landwirt Jörg Gerke, Ansprechpartner des neuen AbL-Landesverbandes

Schleswig-Holstein sei ein Premiumfleisch-Programm aufgelegt worden mit dem Ziel, 150.000 – 200.000 Mastschweine pro Jahr aus einer durchgängig zertifizierten Produktion zu vermarkten.

„Nicht vom Selbstversorgungsgrad leben die Betriebe, sondern von der Wertschöpfung“, kommentierte

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL, Rudolphis Aussagen. Es gebe zwei Entwicklungslinien in der Schweineproduktion: die in industriellen Großanlagen oder die artgerechte Tierhaltung. Hier müsse die Politik klar Stellung beziehen.

Nächstes Treffen

Zur offiziellen Vereinsgründung des AbL-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern laden die Ansprechpartner für den 8. Juni ab 17.00 auf den Hof der Familie Gerke in Rukieten ein. Kontakt: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453-20400, Fax: -20400, Helmut Ernst, ☎ /Fax: 038451-70372, Bernd Heller, ☎ 03962-210816 *uj*

10-jähriges Jubiläum

Auf 10 Jahre Arbeit blickte der Landvolkverband Sachsen-Anhalt am 26. Mai mit einer Festveranstaltung zurück. Der Verband habe sich in der Zeit „zu einer festen Größe im politischen Raum entwickelt“, freute sich der Präsident des Landvolkverbandes Kurt-Henning Klamroth. Sein Verband stehe für eine eigentumsorientierte Agrarpolitik mit dem Ziel, möglichst viel bäuerliche Familienbetriebe zu erhalten bzw. neu zu gründen. Eigentum sei die Voraussetzung zur Erlangung von Freiheit, so Klamroth. Er bedauere, dass er mit den bäuerlichen Berufskollegen in den alten Bundesländern nicht in einem Dachverband organisiert sei. Doch der Deutsche Bauernverband (DBV) habe es vorgezogen, 1991 die aus dem Bauernverband der DDR hervorgegangenen Landesbauernverbände aufzunehmen, in denen die meisten LPG-Nachfolgebetriebe organisiert seien.

Dr. Martin Wille, Staatssekretär im Bundesministerium, erinnerte in seiner Ansprache daran, dass sich die SPD in ihrem Agrarprogramm von 1929 für die Förderung einer bäuerlichen Familienlandwirtschaft entschieden habe. Gleichzeitig bezeichnete Wille eine „lebendige Vielfalt verschiedener Unternehmensformen und Unternehmensgrößen“ als unverzichtbare Basis einer leistungsfähigen Landwirtschaft.

Agrarumweltprogramme bewertet

Die Förderpraxis der Bundesländer weist deutliche regionale Unterschiede auf

Gemäß Agrarbericht der Bundesregierung ist 1997 bereits ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (LF) in Deutschland im Rahmen von Agrarumweltprogrammen unter Vertrag. Bei der Hälfte davon handelt es sich um eine Grundförderung, die nur einige Bundesländer anbieten. Entsprechend entfallen über 60 % der EU-Mittel und über 80 % der geförderten Fläche auf Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg. Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern dagegen fördern bevorzugt Naturschutzmaßnahmen.

Eine Studie der Universität Göttingen* setzt nun Kosten, Umwelteleistung und Umsetzung in der Fläche in Relation. Danach ist das baden-württembergische Programm MEKA am effektivsten, ge-

folgt von Sachsen, Thüringen, Bayern und Saarland.

Werden die Zahlungen ins Verhältnis der geförderten Fläche gesetzt, so schneidet das nordrhein-westfälische Agrarumweltprogramm am besten ab. Allerdings nehmen nach Ansicht der Autoren hier zu wenig Landwirte teil, als dass auf der gesamten landwirtschaftlichen Fläche ein wesentlicher Umwelteffekt erzielt werden könnte.

Leistungsprinzip gefordert

Bisher erfolgt die Honorierung nicht ergebnisorientiert, sondern handlungsorientiert, d.h. der so genannte Vertragslandwirt wird für bestimmte Tätigkeiten, oft aber auch für das Unterlassen bezahlt. So besteht wenig Anreiz zur aktiven Mit-

arbeit am Umweltschutz. Die Vorgaben sind in den Programmen festgeschrieben. An deren Gestaltung werden die Landwirte nicht beteiligt. Ebenso starr sind die Prämien, die sich an dem entgangenen durchschnittlichen Deckungsbeitrag bemessen. In der Praxis werden Vertragslandwirte so je nach Standortgüte unter bzw. überkompensiert. Nun soll in einer weiteren Studie an der Universität Göttingen untersucht werden, wie ökologische Leistungen besser bewertet und honoriert werden können. *wz*

*Jürgen Wilhelm: Ökologische und ökonomische Bewertung von Agrar-Umweltprogrammen. Peter Lang Verlag, 1999, 250 S., 89,- DM, ISBN 3-631-35593-9

Weiter Streit um Schulmilch-Förderung

Die EU-Kommission stößt mit ihrem Vorschlag nach wie vor auf Widerstand, die EU-Schulmilchförderung in Zukunft nicht mehr ganz aus dem EU-Haushalt, sondern nur noch zu 50 % aus Brüssel und zu 50 % aus dem jeweiligem EU-Land (ko-)finanzieren zu lassen. Nachdem Agrarminister mehrerer Länder den Vorschlag abgelehnt hatten, hat nun das Europäische Parlament einen Vermittlungsversuch unternommen. Anfang

Mai hat es sich zwar grundsätzlich positiv zu einer Neuregelung des Schulmilchprogramms ausgesprochen, doch gehen die Änderungswünsche des Parlaments dahin, mehr als 50 % aus dem EU-Haushalt zu zahlen. „Unser Vorschlag zielt darauf ab, zukünftig 75 % der Kosten durch die EU und 25 % durch die Mitgliedstaaten aufzubringen und gleichzeitig das Schulmilch-Sortiment zu erweitern. Die Gesundheit unserer Kinder ist eine gesamt-europäische Aufgabe, der wir uns nicht entziehen können“, sagte Willi Görlach, Europaabgeordneter und Agrarexperte der SPD. pm

EU-Kommission erhält mehr Macht

Die EU-Agrarminister sowie das Europäische Parlament haben übereinstimmend beschlossen, der Europäischen Kommission in der Frage, für welche Milchverarbeitungsprodukte Exportbeihilfen gezahlt werden, mehr Entscheidungsspielraum einzuräumen. Damit erhält die Kommission die gleiche Kompetenz wie schon im Zucker-, Getreide-, Reis- und Eisersektor. Von landwirtschaftlicher Seite sind EU-Agrarminister in den vergangenen Jahren oftmals kritisiert worden, sie ließen Kommission zu viel Spielraum, den sie dazu nutze, die Preise auf den Milchmärkten zu drücken. pm

Breisgaumilch baut Biolinie aus

Die Molkerei Breisgaumilch, Freiburg, freut sich über den Ausbau ihrer Biomilchlinie. Anfang 1997 hat sie als erstes Bioprodukt die Vollmilch mit dem Markennamen „Die Fallers“ (nach gleichnamiger Fernsehserie) auf den Markt gebracht. Damals kam die Biomilch von 16 Höfen, heute sind es 25 Schwarzwaldbauern mit insgesamt 3,1 Mio. kg Biomilch. Wie der Bioland Landesverband Baden-Württemberg mitteilt, verkauft die Molkerei heute jede 10. Milchflasche in Bioqualität. Neben Trinkmilch gehören mittlerweile zur Familie „Die Fallers“ auch Naturjoghurt, Sahne und Quark; im Sommer soll Fruchtjoghurt folgen. Die Höfe der 25 Milchlieferanten, darunter 15 mit ausschließlich Grünland, liegen in den Landkreisen Schwarzwald-Baar, Breisgau-Hochschwarzwald und Waldshut. Vermarktet werden die „Fallers“-Produkte über den Naturkostfachhandel, Hofläden der Region sowie im klassischen Lebensmittelhandel (EDEKA). pm

600 Kühe „Durchsatzleistung“

Das „größte Melkkarussell der Welt“ hat jetzt die Westfalia Landtechnik in Mexiko gebaut, mit 99 Melkplätzen und einer „Durchsatzleistung“ von 600 Kühen pro Stunde. Betreiber der Anlage ist die Milchfarm El Lucero in Mexiko mit 16.000 Kühen. Westfalia setzte nach eigenen Angaben in den letzten drei Jahren europa- und weltweit mehr als 350 Melkkarusselle ab. en

Kälbermast

Über den fortschreitenden Konzentrationsprozeß in der europäischen Kälbermast berichten die DLG-Mitteilungen. In Holland werde der Markt bereits durch drei Investorengruppen dominiert, nämlich die Van-Drie-Gruppe mit zwei Dritteln Marktanteil, die Esa-Gesellschaft mit knapp einem Drittel und eine kleinere Mästergruppe. Darüber hinaus beherrschen große Zerleger wie z.B. die im Beneluxraum tätige Tils-Gruppe den holländischen Kälbermarkt. Auch in Deutschland würden „freie Kälbermäster“ kaum noch Schlachthöfe finden und deshalb aufgeben. Im Nordwesten vermarkten nur noch vier Großunternehmen im Rahmen vertraglicher Bindungen Kalbfleisch, nämlich Brüninghoff/Bocholt, Bahlmann/Lindern, Steinemann/Steinfeld und der Westfleisch-Schlachthof in Hamm-Uentrop. en

Lohnende Kuh-Siesta

Milchkühe, die ein Mittagsschlafchen halten können, geben täglich etwa einen Liter Milch mehr. Das ergab laut AgriHolland eine wissenschaftliche Studie in den Niederlanden. Gerade in der Mittagszeit sollten die Kühe keine Energie bei der Suche nach einem schattigen Plätzchen verschwenden müssen. en

Quotenbörse nachbessern

Abl-Forderungen zur Nachbesserung der neuen Milchquotenregelung

Das neue, börsenähnliche Milchquotensystem weist Mängel auf, die unbedingt zu beheben sind. Als dringend notwendige Nachbesserungen im System fordert die Abl:

– Einführung eines Kontrollgremiums der Börse, zusammengesetzt aus betroffenen Verbänden.

– Futterflächennachweis von 1 ha pro 10.000 kg Quote nach Erwerb der Quote (auch Holland hat eine Begrenzung von 20.000 kg/ha, Dänemark hat über die Nitrat-Richtlinie eine Vieheinheiten-Begrenzung von 1,7 GV/ha, die die Milchviehhalter an die Fläche bindet).

– Pflicht der Länder, objektive Kriterien bei der Pool-Quoten-Verteilung einzuführen. Die Kriterien müssen eine Stabilisierung von Grünlandstandorten verfolgen. Dieser Punkt ist weiterhin notwendig, um die in den Pool fließende Milch zu bewerten. Hier wird bei den Klagen gegen den Pächterschutz und den 33 %-igen Abzug in den Pool ein juristischer Schwachpunkt sein.

– Die einheitliche Form der Abzüge muss revidiert werden. Wir brauchen gestaffelte Abzüge und auch höhere Abzüge in den Pool. Hierdurch wird auch der Pächterschutz juristisch und politisch stabilisiert. Die Abzüge müssen außerdem größenabhängig sein, um besonders in den neuen Bundesländern eine schnelle Kapitalisierung der Quote und damit eine Arbeitsplatzvernichtung zu verhindern. Der erste Entwurf der Bundesregierung sah Abzüge, die in den Pool wandern, wie folgt vor: bis 700.000 kg 10 %, bis 800.000 kg 15 % und darüber 20 %. Insbesondere bei größeren Betrieben würde dadurch der Verkauf der Quote für Eigentümer weniger interessant sein.

– Für den Pächterschutz ist weiterhin wichtig, dass bei der Definition des mel-

kenden Betriebes ein nachhaltiges mehrjähriges Melken (5 Jahre) notwendig ist. Weiterhin darf kein Verkauf rückübertragener Milch erfolgen. Bauvorhaben sollen nicht als Härtefall bei den Dreiecksgeschäften gelten.

– An der Börse bekommt immer derjenige Quote, der mit seinem Gebot auf dem Niveau des Gleichgewichtspreises oder darüber liegt. Das ist ein Anreiz, viel zu bieten, was in der Summe den Preis nach oben treibt. Hier muss preisdämpfend eingegriffen werden. Wer z.B. mit seinem gebotenen Nachfragepreis den Gleichgewichtspreis um mehr als 10 % überschreitet, der muss einen Abzug von 10 % der erworbenen Milchquote hinnehmen. Dieser Abzug wandert in den Pool. Diese Regelung wäre analog des Abzugs bei überhöhten Preisforderungen der Anbieter.

– Es passt in die Logik des Börsensystems, Kooperationen als Umgehungstatbestand auszuschließen. Sollte dieses nicht zu halten sein, ist es wichtig, dass Kooperationen eine Nachhaltigkeit von 10 – 15 Jahren nachweisen.

Neben diesen Nachbesserungen am Börsenmodell brauchen wir eine allgemeine Futterbauprämie statt der Maisprämie. Kurzfristig muss versucht werden, über die „2. Säule“ der EU-Agrarpolitik eine Grünlandprämie zu installieren.

Um die Milchviehhaltung in der Fläche und in bäuerlichen Betrieben zu halten, ist eine Strukturpolitik und ein Prämiensystem von entscheidender Bedeutung, die dies auch ermöglichen. Derartige Maßnahmen passen in die „green box“ und sind damit „WTO-resistent“. Frankreich ist mit dem Orientierungsgesetz einen wichtigen Schritt weiter in einer erfolgreichen Politik für die ländlichen Räume als Deutschland. bv



In der ersten Hitzeperiode des Jahres hat das Mähen richtig Spaß gemacht.

Betriebsspiegel

6 ha Acker als 0,4 ha Erdbeeren, Hühnerweide, Gänseweide im Wechsel, 2 ha Wald, 2 ha extensive Christbaumkultur + Gänseweide, 1.200 Hühner in anerkannter Freilandhaltung, 120 Gänse. Vermarktung ab Hof, Wochenmarkt, vermarktende KollegInnen, Einzelhandel. Jörg und Bärbel haben 3 Kinder (10, 7 und 2 Jahre).

Eigentlich sind wir ja keine richtigen Bauern. So sehen das wenigstens viele Kollegen, Praktikanten und sonstige Menschen. Wer hier im Allgäu keine Kuh oder ähnlich geartetes Getier auf dem Hof hat tut sich schwer mit diesem Status. Doch der Hof existiert schon seit über 30 Jahren mit (oder wegen?) diesem Standemakel. Bis vor einigen Jahren bewirtschafteten meine Schwiegereltern den 10-Hektar-Betrieb hauptsächlich mit Erdbeeren. Daneben haben sie immer viel experimentiert:

Hopfen, Gemüse, Weihnachtsbäume und anderes. Ein schönes Erbe dieser Zeit ist die Echte Kamille, die vor vielen Jahren einmal für eine Arzneimittel-firma angebaut wurde. Immer, wenn die anstrengendste Zeit des Sommers zu Ende geht, steht sie in voller Blüte und wenn irgend jemand mäht, riecht es herrlich danach. Vor sechs Jahren übernahmen wir den Betrieb und begannen, ihn nach Bioland-Richtlinien zu bewirtschaften. Zu den Erdbeeren wurden Hühner angeschafft, Brot gebacken, ein Wochen-

markt beschickt und anderes mehr – viel zu viel jedenfalls. Nach dieser Sturm- und Drang-Zeit sind die Erdbeeren, die Hühner, der Wochenmarkt sowie Gänse und Weihnachtsbäume und Gott sei Dank wir als Familie übrig geblieben.

In wenigen Tagen nun beginnt die Erdbeerernte. Das ist eine Zeit mit sehr zwiespältigen Gefühlen. Einerseits die Freude über die inzwischen gut wachsenden Pflanzen, die reifenden Früchte, den beginnenden Sommer – und andererseits vier Wochen Vermarktungsstress pur! Neben der Organisation, dem Pflücken und Ausliefern ist das dauernde für die Kunden am Hof, am Telefon und bei der Selbstpflücke parat Stehen sehr anstrengend. Die „restliche“ Hofarbeit muss nebenher gehen. Und die Familie, der Haushalt? Unsere Kinder haben sich auf ihre Weise mit dieser Zeit arrangiert. Verkaufen dürfen, mit Freunden Erdbeeren bis zum Anschlag, selber Essen kochen, Telefonauskunftsdiens und ab und zu im Gewühl vergessen zu werden und die Zeit dann unauffällig vor dem Fernseher zu verbringen. Ich freu' mich schon auf den befreienden Duft der Kamille.

Bärbel Endraß (35), Wangen im Allgäu

Erdbeer und Kamille

Wir haben einen Biohof in der Stadt, besser gesagt, der Stadtteil ist heute „verstädtert“, wie man sagt. Früher, vor 50 Jahren, war's noch dörflicher hier.

Keiner der Alten, die mit Landwirtschaft zu tun hatten, wird sich wohl erinnern können, so früh einmal schon zu Heu gemäht und auch Heu nach Hause bekommen zu haben wie in diesem Jahr 2000. Am 10. Mai ist normalerweise Zeit zum Silieren – aber nicht zum Heu machen! Wie heißt doch im alten Sprachgebrauch der Mai – Wonnemond, und der Juni – Heumond.

Ab Ostern 2000 war es bei und sonnig und trocken, und die Vegetation war früh wie nie zuvor. Die Bienen haben bis zum 17. Mai Massen von Honig gesammelt – ich weiß es von „unserem“ Imker, der seinen Imkerraum auf dem Hof hat. Ja, deswegen konnte ich es wagen, den Mäher heraus zu holen. Die Blütenstände auch der Gräser waren sehr weit entwickelt, das späte Knäulgras blühte schon. „Da musst du jetzt mähen!“, dachte ich. In Erinnerung habe ich eigentlich, dass das Knäulgras erst im Juni, etwa in der ersten Dekade, richtig reif ist. Sind das nicht eigentlich vier Wochen Unterschied? Ist die Ernte vier Wochen früher? Zur eigenen Dokumentation muss ich nun nachdenken. Bis vor ca. 15 Jahren haben wir nie vor dem 28. Mai gemäht, fast immer um den 5. Juni herum. Vor zehn Jahren war der Mähbeginn am 20. Mai superfrüh, vor fünf Jahren der 15. Mai, jetzt ist es der 10. Mai. Wann wird es der 1. Mai sein?

Mit anderen Worten, die Erwärmung des mitteleuropäischen Festlandes ist schon stark fortgeschritten. Die Ernten erden immer früher, auch wenn sich das in der Wetterstatistik, die mit



Ganz schön warm

Durchschnittswerten arbeitet, nur an wenigen Stellen hinter dem Komma festmacht. Die jetzigen Tage mit kühlerem Wetter sind als leicht verspätete Eisheilige zu sehen, die sicher wieder von gutem Heuwetter abgelöst werden, denke ich. – Schließlich habe ich noch einiges zu heuen.

Aber ist es nicht eine willkommene 'Erleichterung', vor allem für die expandierende Wachstumslandwirtschaft, die immer größer werdenden Betriebe, eine Hilfe durch die immer wärmer werdende Witterung zu bekommen; die leichter immer noch mehr ermöglicht? Und das auch noch kostenfrei ins Haus!

Frühe Ernten ermöglichen auch frühe und mehr Herbstsaat. Es sei denn, die extremere werdende Witterung macht durch starke Regenfälle im Sommer oder Frühherbst dies Ansinnen zunichte. Merkwürdigerweise re-

det kaum ein Bauer von diesen Dingen. Die Erwärmung ist kaum ein Thema, da sie prinzipiell positiv ist und sich positiv auswirkt. Die negativen Seiten: es kann zu trocken werden oder es gibt unverhältnismäßig viele Unwetter; werden dagegen jeweils stark in den Vordergrund gerückt, wenn es aktuell ist, da man sie stark spürt und gewissen 'Schmerz' empfindet.

Durch den milden Winter hat sich das Getreide gut entwickelt. Wir spüren keinen „Schmerz“ wegen negativer Witterung – hoffen wir darauf, dass es gut eingefahren wird, dass der Verkehr in der Stadt in der Ferienzeit nicht so stark ist in der Ernte, dass das Erntewetter gut bleibt, dass die Maschinen nicht zu Bruch gehen und dass die Bio-Getreidepreise nicht allzu sehr fallen, wenn die Gesamternte „zu gut“ wird.

Heiner Range, Kassel/Nordhessen

Betriebsspiegel

Bioland-Betrieb mit 25 ha Ackerland (schwere Böden, Getreide (auch Dinkel), Körnerleguminosen, Feldgemüse, Kartoffeln) und 9 ha Grünland (6 ha Wiese (für Heu, keine Silage), 3 ha Weide, Mähweide und Hutung für Pferde); 4 ha Wald; 2 Rinder, 2 Ziegen, 4 Schafe, 5 Hühner, 5 Pferde in Winterpension, bis 10 Pferde und Esel auf Sommerweide, Wildpferde und Wildesel auch auf Winterweide mit Schutzhütte; Der Betrieb wird von Heiner Range im wesentlichen allein versorgt, Mithilfe der Mitbewohnerin und Landschaftsplanerin Elisabeth Schmidt sowie zweier Rentner in der Heu- und Getreideernte und anderen Arbeitsspitzen.

Mehr Einsatz zeigen!

Ungenügende Etikettierung und Schwierigkeiten bei der Bereitstellung unbehandelten Bio-Basis-Pflanzgutes. Das Engagement der konventionellen Pflanzzüchter in der ökologischen Pflanzkartoffelerzeugung lässt zu wünschen übrig.

Bio-Fritten aus Holland

Für Fritten aus ökologisch angebauten Kartoffeln sieht der Internetdienst AgriHolland ein erhebliches Potenzial. Während in den Niederlanden insgesamt jährlich rund 1,5 Mio. Tonnen Fritten produziert würden, komme die Erzeugung aus Biokartoffeln nur auf 3.000 Tonnen. Mit 2.000 Tonnen sei das Unternehmen Oerlemans Foods, Venlo, „Marktführer“ bei Biofritten. Oerlemans verkauft davon rund 60 % an britische Supermärkte und 25 % an den deutschen Lebensmittelhandel.

Als vor Jahren die ersten Pflanzkartoffeln auf ökologisch wirtschaftenden Betrieben vermehrt wurden, waren die anbautechnischen Bedenken auf Seiten der konventionellen Pflanzzüchter groß. Auch wenn diese Bedenken durch die Praxis ausgeräumt werden konnten, viel Sympathie ist daraus nie erwachsen, sondern hauptsächlich die Erkenntnis, dass es sich bei der Vermehrung von Z(ertifizierten)-Bio-Pflanzkartoffeln um ein interessantes Geschäftsfeld handelt.

Entsprechend den Richtlinien für den ökologischen Landbau darf nur dann konventionell erzeugtes Pflanzgut eingesetzt werden, wenn kein ökologisches vorhanden ist. Das Ausgangsmaterial kommt eben von den konventionellen Pflanzzüchtern und wird – zumindest im norddeutschen Raum – auch über die konventionellen Vertriebsorganisationen, VO-Firmen, die zu einem großen Teil Ableger der Pflanzzüchtungsunternehmen sind, vermarktet. Während damit sicherlich für eine schlagkräftige Vertriebsstruktur gesorgt ist, bedeutet dieser Umstand allerdings auch, dass die Ökoschneide von den konventionellen Firmen lediglich als Zusatzmarkt betrachtet wird, für den kein großer Extra-Einsatz geleistet werden muss. Deutlich wird das an verschiedenen Stellen.

Was sagt das Etikett?

So wurde z. B. die Auszeichnung der Öko-Pflanzkartoffelpartien bisher sehr unterschiedlich gehandhabt. Zwar geschieht die Aufbereitung, also das Sortie-

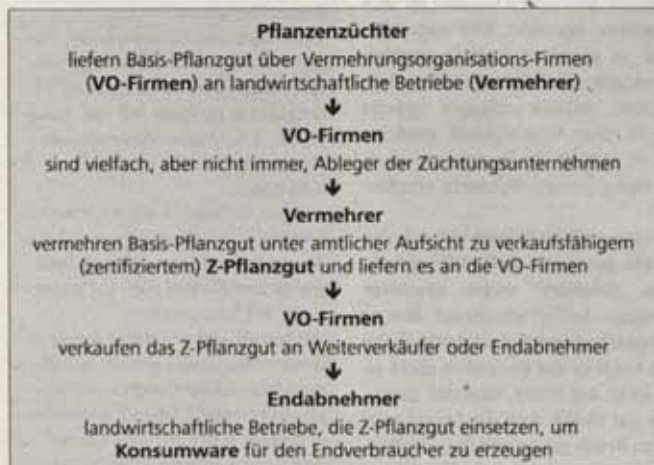
ren und Absacken, meist auf den Betrieben der Pflanzgutvermehrung, die Säcke und Etiketten werden allerdings von den Weiterverkäufern gestellt. Dabei gibt es positive Ansätze wie die Handelshäuser der Saatzuchten Böhm oder Soltau-Bergen, die neben dem üblichen Anerkennungsetikett, das sich nicht von konventionellen Etiketten unterscheidet, ein weiteres Etikett mit dem Namen und der EU-Kontrollnummer des Biobetriebes,

den Beteiligten bewusst und stellt ein Misstrauenspotential dar, schließlich lassen sich in jenen Säcken verpackte Pflanzkartoffeln teurer verkaufen als andere. Um dieses Misstrauenspotential auszuräumen, hat die niedersächsische Ökoberatungsorganisation, der Ökoring, bei den VO-Firmen generell eine umfassende Deklaration mit Angabe der Biokontrollstellennummer und der Anschrift des Vermehrsers eingefordert. Das Pflanzkar-



Ökologischer Kartoffelanbau ist eine aufwendige Sache – da wünscht man sich von den konventionellen Pflanzzüchtern mehr Engagement für optimales Pflanzgut. Foto: Schievelbein

Schema des Absatzsystems für Pflanz- und Saatgut in Deutschland



Quelle: verändert nach Elken, Agrarwirtschaft 47/98

der die Partie vermehrt hat, an den Sack heften lassen. Es fehlt allerdings für eine korrekte Etikettierung die Codenummer der Biokontrollstelle, die den abpackenden Betrieb – in den meisten Fällen ist das der Erzeugerbetrieb – kontrolliert. Des weiteren tragen die Säcke den aufgedruckten Hinweis, dass es sich um ökologisch erzeugtes Pflanzgut handelt. Dies ist zwar auch bei anderen Handelshäusern üblich – ebenso wie Zusatzetiketten mit dem Aufdruck „Bio-Pflanzgut“ oder schlicht nur „Bio“ wie z. B. bei den Vereinigten Saatzuchten Ebstorf oder der (zu keinem Züchterhaus gehörenden) WLV-Hauptsatz Linsburg -, entspricht aber nicht den Richtlinien, die eine Nennung der Biokontrollstellennummer verlangen, und gewährt zudem deutlich weniger Transparenz für den Z-Pflanzgutkäufer.

Misstrauenspotential

WLV-Mitarbeiter Heins weist natürlich zurecht darauf hin, dass sich aus der amtlichen Anerkennungsnummer auf dem Anerkennungsetikett der Erzeuger ermitteln lässt. Aber kaum ein Z-Pflanzgutbezieher wird sich die Mühe machen, bei VO-Firma und Züchter nach dem Vermehrerbetrieb hinter der Anerkennungsnummer zu forschen. Das ist natürlich al-

ter die Partie vermehrt hat, an den Sack heften lassen. Es fehlt allerdings für eine korrekte Etikettierung die Codenummer der Biokontrollstelle, die den abpackenden Betrieb – in den meisten Fällen ist das der Erzeugerbetrieb – kontrolliert. Des weiteren tragen die Säcke den aufgedruckten Hinweis, dass es sich um ökologisch erzeugtes Pflanzgut handelt. Dies ist zwar auch bei anderen Handelshäusern üblich – ebenso wie Zusatzetiketten mit dem Aufdruck „Bio-Pflanzgut“ oder schlicht nur „Bio“ wie z. B. bei den Vereinigten Saatzuchten Ebstorf oder der (zu keinem Züchterhaus gehörenden) WLV-Hauptsatz Linsburg -, entspricht aber nicht den Richtlinien, die eine Nennung der Biokontrollstellennummer verlangen, und gewährt zudem deutlich weniger Transparenz für den Z-Pflanzgutkäufer.

toffelhaus Meyer GmbH, mit rund 1.200 t bundesweit verkaufter ökologisch erzeugter Pflanzkartoffeln einer der großen im kleinen Geschäft mit den Bioknollen, hat bereits angekündigt, in der kommenden Saison nur noch korrekt deklarierte Zusatzetiketten zu verwenden. Meyer ist bislang auch das einzige konventionelle Kartoffelhandelshaus, das im Rahmen der Biokontrolle überprüft wird. Zwar besteht bei VO-Firmen, die lediglich mit der bereits vom Vermehrer abgepackten Ware handeln, kein Zwang zur Kontrolle, aber Thomas Damm von der Kontrollorganisation Alicon hält es für richtig, wenn sich auch Händler, deren Umschlag an Bioware einen gewissen Umfang erreicht, kontrollieren lassen. Zwingend wird die Kontrolle allerdings dann, wenn wie z. B. bei der VO-Firma der Saatzucht Soltau-Bergen Kartoffeln von Vermehrsern ohne Aufbereitungsmöglichkeiten lose angeliefert, dort gelagert, sortiert und abgesackt werden. Kontrolliert wird dort trotzdem nicht, „das ist bisher noch nicht an uns herangetragen worden“, so die zuständige Mitarbeiterin des Unternehmens... Eine in erster Linie für die Bio-Pflanzgut vermehrenden Bäuerinnen und Bauern weitaus unangenehmere Angelegenheit in der Zusammenarbeit mit den konven-

tionellen Pflanzzüchtern sind die immer wieder auftretenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung unbehandelten Basis-Pflanzgutes.

Behandelt unbehandelt?

Basis-Saat- oder Pflanzgut ist das direkt von den Züchtern an die Vermehrer weitergegebene Material, aus dem dann Z-Saat-, bzw. -Pflanzgut auf den Vermehrungsbetrieben erwächst. Konventionelles Kartoffelpflanzgut - Basis wie auch Z - wird in der Regel mit einem Pflanzenschutzmittel gegen Fäulnispilze behandelt. Fast ausschließlich ist es der Wirkstoff Thiabendazol im Mittel Tecto der Firma Novartis, welches sich allerdings aufgrund nicht erbrachter Unterlagen seitens des Herstellers seit 1995 im Wiederzulassungsverfahren für die Bundesrepublik befindet (seitdem dürfen - zumindest in Deutschland - nur noch Restbestände verbraucht und darf das Mittel nicht mehr verkauft werden).

Für ökologische Kartoffelvermehrung sollte jedenfalls genügend unbehandeltes Basis-Pflanzgut zur Verfügung stehen. Da Basis-Pflanzgut allerdings oftmals direkt nach der Ernte behandelt wird, würde das bedeuten, dass die Züchter frühzeitig Partien für den Ökolandbau separieren, also ihn ernsthaft in ihre Planungen mit einbeziehen müssten. Dass es damit etwas hapert, machen die Jahr für Jahr ähnlich immer wiederkehrenden Geschichten verschiedener Vermehrer deutlich.

Beispiele

Zum Beispiel: Zunächst wird abgesprochen, welche Sorten auf dem Betrieb vermehrt werden sollen; kurz vor der Pflanzzeit kommt ein Anruf: Es sei kein unbehandeltes Basis-Pflanzgut der Sorte xy vorhanden, und ob man denn nicht eine Ausnahmegenehmigung beim jeweiligen Ökoverband bekommen könne. Der Bauer weigert sich darauf einzugehen, ein paar Tage später der erneute Anruf, man habe doch noch eine Partie gefunden. Diese wird dann geliefert, allerdings mit einem Sackanhänger, auf dem eine Behandlung mit dem Wirkstoff Thiabendazol angegeben ist. Zwei Tage später kommt dann ein Fax, dass der Anhänger

verkehrt bzw. das Pflanzgut natürlich unbehandelt gewesen sei...

Einem anderen Bauern, dem versichert worden war, unbehandeltes Basis-Pflanzgut aus Frankreich erhalten zu haben, verkündete der des Französischen etwas mächtigere Biokontrollleur, dass der Sackanhänger den Hinweis „behandelt“ trägt...

Nur sehr dickfelligen Bäuerinnen und Bauern wird bei alledem nicht mulmig. Schließlich geht es um mehr als das ungewollte eventuelle Hantieren mit einem Pflanzenschutzmittel. Es wäre auch nicht nur ein Verstoß gegen die Förderkriterien, nach denen EU- bzw. Landesmittel an ökologisch wirtschaftende Betriebe ausgeschüttet werden, sondern zudem einer gegen die Richtlinien des ökologischen Landbaus.

Dass trotzdem hin und wieder nicht nur zweifelhaft, sondern offiziell als behandelt deklarierte Partien Basis-Pflanzgut mit Billigung der Bioverbände auf Bioetrieben gepflanzt wurden, ist eine Abwägung gegen die schlechtere Alternative. Die wäre in solchen Fällen der Verzicht auf die Erzeugung von Bio-Pflanzgut und damit der vermehrte Einsatz konventionell erzeugten Z-Pflanzgutes zum ökologischen Speisekartoffelanbau.

Information und Druck

Langfristig muss allerdings sichergestellt werden, dass Bio-Vermehrer unbehandeltes Basis-Pflanzgut bekommen können. Dafür muss sich in den konventionellen Unternehmen, in denen sich auch die für die Ökoschiene verantwortlichen Personen nicht oder nur zu einem eher geringen Maße mit den Zielen und Idealen des ökologischen Landbaus identifizieren, mehr ändern als organisatorischer Kleinkram. Es fängt damit an, dass sich das Zutrauen, das Kartoffeln auch wachsen, wenn sie nicht ständig mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden, endlich wieder einstellen sollte, und endet damit, dass die Pflanzzüchter nicht mehr nur die Gelegenheit sehen dürfen, durch die Saat- und Pflanzgutvermehrung auf ökologisch wirtschaftenden Betrieben auf diesem Markt ein Geschäft zu machen. Bis dahin erfordert

die Zusammenarbeit mit den Unternehmen eine bestimmte Mischung aus Information und Druck durch die Verbands-, Beratungs-, und Kontrollorganisationen des Ökolandbaus - und Bäuerinnen und Bauern, die ab und zu den Züchtern die Meinung sagen.

KURZES AM RANDE

Neues Lager für Bioland-Kartoffeln

Eine Lagerhalle für bis zu 600 Tonnen Kartoffeln ist am 12. Mai auf dem hessischen Bioland-Betrieb Gut Halbersdorf/Spangenberg, einer Einrichtung des Hessischen Diakoniezentrums Hephata, eingeweiht worden. Parallel dazu investierte Hephata auch in eine neue Kartoffelschälanlage. Laut Bioland-Verband Mitte stärkte das den Bio-Kartoffelanbau in Nordhessen. Bislang haben sich 12 Landwirte zusammengeschlossen, die die Produktion der Kartoffeln übernehmen. pm

EG-Bio-Verordnung geändert

Im ökologischen Landbau dürfen laut geänderter EU-Verordnung nun auch sulfatische Kali-Dünger als auch Azadirachtin, ein natürliche Insektenmittel des Neembaums, verwendet werden. Letzteres war bisher nur für den Einsatz bei Mutter-, Eltern- und Zierpflanzen zugelassen, wie die AGÖL (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau) mitteilt. Für Schwefelkalk entfällt die bislang vorhandene Beschränkung. Die Änderungen, für die sich die AGÖL eingesetzt hat, ergeben sich durch Änderungen im Anhang II der EG-Verordnung über den Ökologischen Landbau. pm

Vermehrer kritisieren Pflanzzüchter

Kritik am Verhalten der Pflanzzüchter übte der Verband der Hanoverschen Saatgutvermehrung (VHS). Der Zusammenschluss niedersächsischer Z-Saatgutvermehrung weist auf die ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Ausweitung der Vermehrungsfläche über den Bedarf an Z-Saatgut hinaus hin, was zur Folge habe, dass viele Saatgutpartien der Ernte 1999 dem Konsumsektor zugeführt werden mussten. Der VHS machte deutlich, dass er sich für eine am Bedarf orientierte, regional ausgerichtete Vermehrungsplanung stark mache und kritisierte, dass dies von den Züchtern nicht praktiziert werde. Auch beim diesjährigen Saatguthandelstag auf der Burg Warberg wurden als Ursachen für den Preiskampf am Saatgutmarkt eine unzureichende Vermehrungsplanung, die zu einer Überversorgung mit Z-Saatgut in Deutschland geführt hat, sowie Überkapazitäten bei der Aufbereitung und teilweise mangelnde Qualitäten von Z-Saatgut angeführt. cs

Mühlen haben Preiserhöhung angekündigt

Die Mühlen wollen bundesweit ihre Mehlpriese kurzfristig deutlich anheben, wie der Verband Deutscher Mühlen mitteilt. Im Verlauf dieses Jahres habe sich die Ertragslage der deutschen Mühlen drastisch verschlechtert, was vor allem an den unerwartet hohen Preise für Brotgetreide läge. Wie sich die Preise nach der kommenden Ernte entwickeln, sei noch unklar. pm

Südzucker will 3 Werke schließen

Drei ihrer Zuckerfabriken will die Südzucker AG, Mannheim, nach Angaben des Ernährungsdienstes bis zum Ende des Jahres schließen. Dabei soll es sich um die Standorte Zeil in Franken sowie Delitzsch und Löbau in Sachsen handeln. Als Gründe werden eine verringerte Zuckerrübenanbaufläche und niedrige Weltmarktpreise für Zucker genannt. pm

Holländische Bio-Einkommen gesunken

Das Familieneinkommen der holländischen Biobetriebe ist im letzten Wirtschaftsjahr von durchschnittlich 77.000 auf 50.000 Euro gesunken, teilt der Internetdienst AgriHolland mit. Nachdem die Bio-Gewinne in den vorherigen Jahren über denen der konventionellen Betriebe lagen, haben sich die Einkommen beider Bewirtschaftungsarten jetzt fast angeglichen. Ursache sind vor allem die sinkenden Preise und Erträge bei Biokartoffeln und Gemüse. Ferner meldet AgriHolland, dass die niederländische Supermarktkette Albert Heijn über ein unzureichendes Bio-Angebot aus dem Inland klagt, während die holländischen Biobauern die zu niedrigen Preisangebote des Handelskonzerns bemängeln. Für sie sei der Export ihrer Bioprodukte derzeit lukrativer. en



Es ist ein weiter Weg vom Züchter bis zum Verkaufskorb

cs

Ein Kombilohn, der Arbeitslosen und Betrieben hilft

Was ein Arbeitsamt leisten kann, um die Arbeitsbelastung auf den Höfen zu mildern und Arbeitslosen Arbeit zu vermitteln

Das bundesweit erste Pilotprojekt zur Vermittlung von Fach- und Saisonarbeitskräften in die Landwirtschaft startete 1997 das Arbeitsamt Landau. Das örtliche Arbeitsamt und der Maschinen- und Betriebshilfsdienst Südpfalz e.V. haben ein Kombilohn-Modell entwickelt, bei dem mit finanzieller Unterstützung des Arbeitsamtes Arbeitslose an die Landwirtschaft und den Weinbau herangeführt werden, damit sie schließlich eine Anstellung beim Maschinenring oder direkt auf den Betrieben finden. Bisher konnten so 110 Arbeitslose eine Daueranstellung in der Landwirtschaft finden.

Im Interview erläutert Gerhard Pulg, Leiter des Arbeitsamtes, das Beschäftigungsprojekt.

Bauernstimme: Was hat Sie 1997 bewegt, dieses damals bundesweit einmalige Pilotprojekt auf den Weg zu bringen?

Gerhard Pulg: Einerseits hatte ich mit vielen Arbeitslosen hier auf dem Arbeitsamt zu tun, und andererseits bekam ich mit, dass in landwirtschaftlichen Betrieben, besonders im Weinbau Arbeitskräfte permanent gesucht waren. Da sah ich meine Aufgabe darin, einen Ausgleich zu schaffen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

Wie sind Sie vorgegangen?

Unser vordergründiges Ziel war zunächst, Saisonarbeitskräfte vor allem aus Polen durch inländische Arbeitslose zu ersetzen. Doch für kurzfristige Saisonarbeiten waren die Menschen nicht zu motivieren. Sechs oder acht Wochen Arbeit zu haben ist einfach keine Perspektive. Deshalb wurde das Konzept auf die Gewinnung von Fachkräften umgestellt. Wir trainieren die Leute etwa vier Wochen lang auf Ausbildungsbetrieben und setzen sie beim Maschinenring überbetrieblich ein. Die Arbeitslosen durchlaufen beim Maschinenring mehrere Betriebe, bevor sie sich für einen Betrieb entscheiden.

Wer ist der Träger dieser Ausbildungsmaßnahmen und wie werden die Arbeitskräfte vermittelt?

Träger dieser Maßnahmen ist der Maschinenring Südpfalz, eine Selbsthilfeeinrichtung von rund 1.900 landwirtschaftlichen Betrieben. Er übernimmt auch die Vermittlung und Betreuung der Leute.



Gerhard Pulg (hier mit Winzerin Annette Borell-Diehl) sieht sich selbst scherzhaft als ein „Opfer des Strukturwandels“. Nach seiner Ausbildung zum Landwirt folgte ein Lehrerstudium und danach schließlich der Wechsel in die Arbeitsverwaltung. Immer dann, wenn er eine Ausbildung abgeschlossen hatte, waren die Berufsperspektiven schlecht. Aber beim Arbeitsamt gab es beständig mehr zu tun. Diese vielseitigen Berufserfahrungen, gepaart mit dem Ehrenamt eines Bürgermeisters einer kleinen ländlichen Gemeinde, wo er mit den Sorgen und Nöten der Menschen hautnah konfrontiert ist, machten ihn zu einem ideenreichen Geschäftsstellenleiter des Arbeitsamtes in Neustadt an der Weinstraße.

Und Sie zahlen einen Zuschuss?

Wir haben einen so genannten Kombilohn entwickelt, wo wir dem Maschinenring einen Lohnzuschuss geben. Im ersten Jahr gleichen wir die Differenz aus zwischen der Lohngruppe 1 (8,68 DM/h Brutto) und 3 und im zweiten Jahr wird ein Ausgleich zwischen der Lohngruppe 3 und 5 (16,58 DM/h) vom Arbeitsamt gezahlt. Am Ende der zweijährigen Qualifizierung erhalten die Arbeitnehmer von den Arbeitgebern Lohngruppe 5.

Aus welchen Mitteln bezahlen Sie das?

Der Topf der freien Förderung § 10 Sozialgesetzbuch (SGB) III ermöglicht es den Arbeitsämtern, im Rahmen ihres Eingliederungstitels einen gewissen Betrag einzusetzen. Freie Förderung bedeutet, dass das Arbeitsamt vor Ort selbst darüber entscheidet, wie es

seine Mittel verwendet. Das Geld soll gezielt eingesetzt werden, damit Leute in Beschäftigung kommen. Hier in Neustadt kann das eine ganz andere Maßnahme sein als in Wiesbaden oder Bremen. Jedes Arbeitsamt ist autonom.

Zumindest in Westdeutschland ist das ja ein ungewöhnliches Modell.

Nun, unser Arbeitsmarkt hier ist von der Großindustrie wie BASF oder Daimler-Crysler geprägt. Diese Unternehmen geben in etwa das Lohngefüge vor, woran sich andere Betriebe orientieren müssen. Wenn man die niedrigste Lohnstufe in der Landwirtschaft mit 8,68 DM pro Stunde zu den hohen Löhnen der Industrie in Beziehung setzt, muss man feststellen, dass ein Arbeitnehmer in der Landwirtschaft mit diesem Lohn keine Familie ernähren kann. Deshalb wollen wir erreichen, dass durch unser Kombilohnmodell innerhalb von zwei Jahren die Teilnehmer eine Ausbildung bzw. Berufserfahrung erreichen, wo ein Stundenlohn von 18 bis 20 DM pro Stunde gerechtfertigt ist. Dieser Stundenlohn ist vergleichbar mit den Löhnen, die im Handwerk

gezahlt werden. Unser Ziel ist es, diesen qualifizierten Leuten mit einem guten Stundenlohn einen Anreiz zu bieten, in der Landwirtschaft zu arbeiten und auch dort zu bleiben.

Was kostet Ihr Modell?

Im Einzelfall erwarten wir jährliche Kosten in Höhe von 20.000 DM. Dies ist günstiger, als wenn wir für Arbeitslosengeld oder gar für eine Umschulung aufkommen müssten. Unter dem Strich werden Kosten für das Arbeitsamt eingespart.

Und wie ist Ihre Bilanz?

Über 300 Männer und Frauen haben unsere Trainingsmaßnahmen durchlaufen, wovon 110 einen Dauerarbeitsplatz gefunden haben. Wenn die BASF hundert Leute einstellt, steht das groß in der Zeitung. Wir haben das still und leise gemacht, aber das ist genauso erfolgreich.

Für die nächsten Jahre rechnen wir damit, dass wir in einem Jahr 15 bis 20 Leute finanzieren können, obwohl wir viel mehr Interessenten haben.

Welche Leute haben Sie vermittelt?
Überwiegend waren es Aussiedler, die aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen und Rumänien kamen. 25 waren Deutsche und 5 % Ausländer.

Ist das nicht eine versteckte Subventionierung der landwirtschaftlichen Betriebe?

Einzelne Betriebe werden nicht gefördert, weil unser Modell an den Maschinenring gebunden ist, und die Bezahlung der sozialversicherungspflichtigen Arbeit in der Landwirtschaft wird zeitlich befristet bezuschusst.

Kann das Modell des Kombilohns ein Beitrag sein, damit Landwirtschaft bei der gesellschaftlichen Diskussion um Arbeitslosigkeit in Deutschland eine Rolle spielt?

Selbstverständlich. Die Holländer machen es uns vor. Dort bekommt der Sozialhilfe- oder Arbeitslosengeldempfänger das Angebot, auf landwirtschaftlichen Betrieben zu arbeiten. Sieben Gulden bezahlt der Betrieb und acht Gulden der Staat. Wer dieses Angebot zur Arbeit ausschlägt, bekommt kein Geld vom Staat. An diesem holländischen Modell sollten wir uns orientieren. Es kann nur bei Personen eingesetzt werden, die leistungsfähig sind, die aber für 200 bis 300 DM mehr in der Lohntüte – gegenüber den Lohnersatzleistungen – nicht arbeiten wollen.

Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Im Moment boomt der regionale Arbeitsmarkt. Bei Arbeitslosenquoten von nur 7,1% haben junge Arbeitswillige keine Probleme einen Arbeitsplatz zu finden. Dies wirkt sich erschwerend aus für landwirtschaftliche Betriebe, weil dort das Lohnniveau etwas niedriger ist als im industriellen Bereich. Dennoch werden wir an unseren Kombilohnmodell festhalten, um hier einen Ausgleich herzustellen.

Werden Ihre Gedanken mit dem Kombilohn bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg geteilt?

Ja, ich bin positiv überrascht, wie diese Dinge bei der Bundesanstalt gesehen werden. Ich bekomme Anrufe aus dem gesamten Bundesgebiet und werde um Rat gefragt.

Herr Pulg, vielen Dank für das Gespräch.

Erich von Hofe,
Doktorand an der Universität Kassel

Nur freiwillig gehen Menschen aus der Arbeitslosigkeit in die Landwirtschaft

Die Aussicht auf einen Dauerarbeitsplatz motiviert Arbeitslose für die Arbeit in der Landwirtschaft, wie Erfahrungen aus der Südpfalz zeigen

Das sich Arbeitslose für die Arbeit in der Landwirtschaft gewinnen lassen, beweist der Maschinen- und Betriebshilfsring Südpfalz e.V. mit Sitz in Freckenfeld nahe der französischen Grenze zum Elsaß. Der Maschinenring, dem rund 1.900 Betriebe aus Landwirtschaft und Weinbau angeschlossen sind, betreibt seit Herbst 1997 gemeinsam mit dem Arbeitsamt Landau ein Pilotprojekt, bei dem Arbeitslose für die landwirtschaftliche Arbeit qualifiziert und auf neu geschaffene Stellen vermittelt werden. Zum Teil sind diese Stellen beim Maschinenring, der die Arbeitskräfte dann an die Betriebe „ausleiht“, zum anderen Teil haben Betriebe die Arbeitskräfte direkt eingestellt. Bei der Auswahl und Vermittlung der Arbeitskräfte helfen Menschen wie Brigitte Linsel, die seit dem Start des Projektes zur Gewinnung von Fachkräften für die Landwirtschaft beim Maschinenring angestellt ist. Frau Linsel ist ausgebildete Pädagogin und

die Arbeitslosen auf den Betrieben in der Lage sein, z. B. einen Traktor zu fahren. Im Zeitraum von Mitte 1997 bis 1999 wurden über 800 Personen beim Maschinenring für die offenen Stellen in der Landwirtschaft/Weinbau registriert, wobei die Adressen von den Arbeitsämtern, Kreisverwaltungen, Sozialämtern und Bildungsträgern weitergegeben wurden. Ein Drittel der vom Arbeitsamt ausgesuchten Bewerber meldete sich nicht beim Maschinenring. Ein weiteres Drittel äußerte Vorbehalte gegenüber der Arbeit, der Arbeitszeit oder der Landwirtschaft generell. Häufig lautete die Absage: „Für 150 - 200 DM gehe ich doch nicht arbeiten.“ In dieser Größenordnung übersteigt der Nettolohn im Schnitt das Geld der Arbeitsunterstützung. In einem Bericht des Maschinenrings heißt es dazu, „dass die allgemeine staatliche oder kommunale Alimentation bereits als Lohn verstanden wird und die Differenz zu einer gere-

aus drei Wochen Theorie und vier Wochen Betriebspraktikum zusammensetzt, um diese Menschen auf die Arbeit in der Landwirtschaft vorzubereiten. Danach könnten die Leute wieder entscheiden, ob sie eine feste Arbeit beim Maschinenring aufnehmen. Der Anreiz sei dabei, dass mit der Arbeitsaufnahme die Chance auf einen Dauerarbeitsplatz beim Maschinenring oder auf einem landwirtschaftlichen Betrieb bestehe.

„Die Menschen müssen sich freiwillig für die Arbeit in der Landwirtschaft entscheiden“, stellte Frau Linsel klar. „Mit Zwang erreicht man gar nichts“, ergänzt Gerhard Pulg, Leiter des örtlichen Arbeitsamtes. „Die gehen auf den Hof und stellen sich ungeschickt an. Die nehmen die Hacke umgekehrt in die Hand, damit sie vom Bauern am ersten Tag vom Feld gejagt werden. Dann sind die wieder bei uns, und ich habe den Bauern und den Maschinenring verärgert“, so der Arbeitsamtsleiter. Nur wer für eine Arbeit motiviert sei, gehe da auch hin.

110 neue Stellen

Durch diese Trainingsmaßnahmen und die gute Zusammenarbeit mit den 1.900 Mitgliedsbetrieben des Maschinen- und Betriebshilfsdienstes sind in den letzten zweieinhalb Jahren insgesamt 110 Dauerarbeitsplätze entstanden. 40 davon beschäftigt nun der Maschinenring. Sie stehen den Betrieben auf Anforderung beispielsweise zum Wein abfüllen für eine bestimmte Zeit zur Verfügung. So durchlaufen diese Arbeitnehmer im Schnitt mindestens ein halbes Jahr sehr verschiedene Betriebe. „Unser Ring ist praktisch eine Verleiharbeitsfirma. Die Arbeitnehmer haben Jahresarbeitszeitkonten und können frei zwischen Teilzeit und voller Stelle wählen“, sagt die Betreuerin Linsel. Dabei sei die Nachfrage nach Zeitarbeit heute größer als das Angebot des Maschinenrings. 20 offene Stellen, vor allem auf Weingütern in Dauertätigkeit, seien gemeldet. Die anderen 70 der genannten 110

Dauerarbeitsverhältnisse seien über die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Maschinenring auf den Betrieben selbst entstanden, überwiegend in Weinbaubetrieben.

Neues Selbstvertrauen

Was über diese Zahlen hinausgeht, beschreibt Frau Linsel so: „Langzeitarbeitslose machen auf den Höfen die Erfahrung, dass sie wieder gebraucht werden. Ohne sie läuft es im Moment



Brigitte Linsel (Mitte), Projektbetreuerin beim Maschinenring, und Arbeitsamtsleiter Gerhard Pulg halten den Kontakt zu ihren (Wein-)Bauern



Nicht nur die Feldarbeit, sondern auch das Abfüllen, Verpacken und Vermarkten gehören zu den anfallenden Arbeit. Fotos: Von Hofe

bringt Erfahrungen zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt mit in ihren neuen Job.

Wer passt?

Ihrer Meinung nach besteht das größte Problem darin, die richtigen Menschen ausfindig zu machen, die in der Landwirtschaft arbeiten wollen: „Wir brauchen Leute, die mobil sind. Sie müssen einen Führerschein haben und ein eigenes Auto besitzen.“ Dies sei deshalb wichtig, weil die Region schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln ausgestattet sei. Zudem müssten

gelten Arbeit zu gering ist.“ Besonders von jüngeren Arbeitslosen sei diese ablehnende Haltung geäußert worden.

Ältere sind motivierter

Anders sei die Einstellung vor allem bei älteren Arbeitnehmern und Personen mit Familien. Sie hätten eine höhere Arbeitsmotivation auch bei anfänglich geringeren Löhnen, berichtet Frau Linsel aus ihren Erfahrungen bei Vorstellungsgesprächen. Die Arbeitssuchenden würden dabei auf die siebenwöchige Trainingsmaßnahme beim Maschinenring hingewiesen, die sich

nicht. Dann gewinnen sie neues Selbstvertrauen.“ Es sei zu beobachten, wie diese ehemals arbeitslosen Menschen sich positiv durch die Arbeit in der Landwirtschaft verändern und wieder selbstbewusster würden. Doch nicht nur die Arbeitslosen müssten aktiv werden und einen Schritt tun, sondern auch die Bauern und Winzer. Denn die Arbeit in der Landwirtschaft und im Weinbau habe ein schlechtes Image in der Gesellschaft. Dagegen müssten die Landwirtschaft bzw. der Weinbau selbst etwas tun. Ein Erfolg sei hier, dass es heute auch in der Landwirtschaft geregelte Arbeitszeiten gebe. „Wir haben die 40 Stundenwoche. Nur in der Saison wie z.B. beim Spargel kann es mal zu längeren Arbeitszeiten kommen, die aber wieder ausgeglichen werden könnten“, erzählt sie.

Die nächste Aktivität des Maschinenrings wird sein, durch eigene Zeitungsanzeigen für die Arbeit in der Landwirtschaft zu werben. Schließlich suchten die Betriebe aufgrund der Neuregelung des 630 DM-Gesetzes händeringend nach neuen Arbeitskräften. *Erich von Hofe*

„Wenn die Leute schaffe, sind sie sich was wert“

Praxiserfahrungen von Betriebsleitern mit der Arbeitskraftvermittlung über den Maschinenring Südpfalz

In der Toscana Deutschlands, der Südlichen Weinstraße, gibt es zu einem edlen Tropfen Wein Pfälzer Saumagen und Leberknödel mit Weinsauerkraut. Doch bis das auf den Tisch kommt, fällt viel Arbeit in Landwirtschaft und Weinbau an. Die Arbeitsspitzen der Saison im Spargel-, Tabak-

und Weinanbau werden größtenteils durch ost- und mitteleuropäische Arbeitskräfte abgedeckt. Aber wie kann die Arbeit außerhalb der saisonalen Spitzen bewältigt werden? Wer erledigt diese Arbeit und zu welchen Bedingungen? Der Blick auf zwei Betriebe gibt Antworten auf diese Fragen.

Heidrun und Karl-Ludwig Scherr

Der Betrieb Scherr bewirtschaftet 17 ha Rebfläche, das entspricht in etwa dem zehnfachen Wert an Ackerfläche. Die Scherrs haben einen modernen Produktionsbetrieb, der als Dienstleister für andere Betriebe auch über eine Abfüllanlage verfügt. Neben den Familienangehörigen sind im Weinbau drei Leute, darunter ein Landwirtschaftsmeister, beschäftigt. Dazu kommen acht Arbeitnehmer, darunter ein Kellermeister, für das Abfüllen, Verpacken und Vermarkten. Eine Mitarbeiterin ist halbtags nur für den Verkauf zuständig. Ein Auszubildender, der das Handwerk des Winzers erlernt, rundet die Belegschaft ab.

Karl-Ludwig Scherr leitet mit seiner Frau nicht nur den eigenen Betrieb – er ist auch noch Vorsitzender des Maschinenrings Südpfalz. Vor 20 Jahren habe er sein kleines Weingut noch als reinen Familienbetrieb führen können. Damals hätten genügend Hilfskräfte zur Verfügung gestanden. Früh seien Kinder an die Arbeit im Weinbau heran geführt worden. Die Großeltern, Geschwister, Verwandte oder Frauen aus dem Dorf hätten mit geholfen. „Heute ist mit wenigen Familienangehörigen die Arbeit nicht mehr zu schaffen. Fremdarbeitskräfte sind notwendig geworden. Dies hat mit dem

Strukturwandel und der Ausdehnung der Sonderkulturen zu tun,“ erklärt Scherr.

Anderen Betrieben gehe es genauso. Eine Lösung sei z.B. der überbetriebliche Einsatz von angeleiteten und ausgebildeten Arbeitskräften des Maschinenrings. „Diese Leute schaffe als Springer das ganze Jahr im Weinbau, im Gemüsebau, in der Landschaftspflege usw. Mit wenigen Leuten vom Arbeitsamt haben wir vor drei Jahren angefangen. Heute verfügen wir im Maschinenring über einen Pool von 40 angeleiteten Mitarbeitern. Unsere Mitgliedsbetriebe sind sehr zufrieden mit diesen Leuten,“ sagte der Ringvorsitzende.

„Sehr zufrieden“

„Wenn diese Arbeitskräfte, die teilweise über Jahre arbeitslos waren, wieder arbeiten und Geld verdienen, sind sie sich wieder was wert. Dann sind sie motiviert und arbeiten. Bei mir im Betrieb hat jetzt eine Sozialhilfeempfängerin neu angefangen. Sie macht einfache Arbeiten an der Abfüllanlage. Ich bin sehr zufrieden mit ihr. Sie freut sich, dass sie wieder regelmäßig einer Arbeit nachgehen kann und nicht zum Sozialamt rennen muss“, so Winzer Scherr.



Winzer Karl-Ludwig Scherr zeigt dem Besuch die Weinreben, die hier Anfang Mai erst gerade zum Trieb ansetzen. Fotos: Von Hofe

Die Vorurteile von Kollegen gegen Arbeitslose weist er zurück: „Auf dem Arbeitsmarkt gibt es aktive Leute, das sind keine Faulenzer. Mit etwas Geschick können wir sie motivieren. Wir brauchen diese Arbeitskräfte dringend, und zwar das ganze Jahr über.“ Der Bedarf auf den Mitgliedsbetrieben des Maschinenrings liege bei 80 bis 100 offenen Stellen. „Wir bieten diesen Menschen unbefristete sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Das Problem ist die Bezahlung.“

Problem Bezahlung

„Der Pole schafft für 9 Mark und ich brauche ihn nicht zu versichern. Da spare ich 40% Sozialversicherung. Aber er ist ein Kurzarbeitsgast, der maximal 6 Wochen sozialversicherungsfrei in Deutschland arbeiten darf, dann ist Schluss. Und da brauchen wir eine saubere Lösung. In Konkurrenz zu den guten Polen bietet uns das Arbeitsamt deutsche Arbeitslose an. Die sind zu Anfang auch nicht viel teurer als die

Osteuropäer, wo wir noch für die Unterkunft aufkommen müssen“, vergleicht Scherr.

Auf der anderen Seite stehen die Anforderungen an die Arbeitskräfte: „Wir brauchen Leute, die bereit sind zu lernen, die Maschinen bedienen und den Chef für einen halben Tag ersetzen können. Auf diese Leute muss sich der Chef verlassen können.“ Scherr erzählt von einem Aussiedler, den sie eingestellt haben. „Er war Mitte vierzig und damit zu alt für die Industrie. Wir sind sehr mit ihm zufrieden. Die Probleme, die er und andere mit der Sprache haben, gehen wir an, indem wir vom Maschinenring einen wöchentlichen Sprachkurs anbieten. Wir qualifizieren diesen Aussiedler und bieten ihm über den Kombilohn einen finanziellen Anreiz, bei uns zu arbeiten. Innerhalb von zwei Jahren steigt sein Stundenlohn auf 19 bis 20 Mark. Diesen Stundenlohn wird er dann für seine angeleitete Tätigkeit ausgezahlt bekommen.“

Betrieb Annette Borell-Diehl

Annette Borell-Diehl bewirtschaftet mit ihrem Mann und ihren Großeltern den Familienbetrieb mit 19 Hektar Rebfläche. Über den Maschinenring Südpfalz hat sie vor einem Jahr eine Arbeitskraft aus Kasachstan bekommen. Erst habe der Mann nur ein paar Wochen bei ihr gearbeitet. Doch: „Wir fanden ihn so gut, dass wir ihm eine unbefristete Stelle angeboten haben,“ wie sie bei einem Glas Riesling aus eigener Ernte im Probierzimmer erklärt. Er habe die richtige Einstellung zur Arbeit in der Landwirtschaft – es müsse eben auch mal am Wochen-

ende oder in der Saison mehr gearbeitet werden. „Das einzige Problem, was wir mit ihm und seiner Frau haben, die wir inzwischen auch bei uns beschäftigen, sind die fehlenden Deutschkenntnisse. Wir können uns mit ein paar Worten verständigen, aber unseren Kunden gefällt das nicht. Sie wollen bei der Weinanlieferung den menschlichen Kontakt,



Annette Borell-Diehl

der über die Sprache hergestellt wird. Direktvermarktung lebt von der Kommunikation. Deshalb sind wir froh, dass über den Maschinenring ein Sprachkurs angeboten wird,“ führt Frau Borell-Diehl aus. Während sie gerade Kunden aus Norddeutschland kistenweise Wein ins Auto stellt, beschreibt sie die starke Arbeitsbelastung auf

dem Betrieb mit Direktverkauf: „Gerade mit mir und meinem Mann suchen die Kunden den direkten Kontakt. Das kostet Zeit, und Kinder habe ich auch noch. Wir haben soviel zu tun, dass wir händierend nach einer weiteren Fachkraft suchen. Aber wir finden keinen ausgebildeten Winzer, der uns vor allem eine geistige Entlastung bei der Führung des Betriebes bringen könnte,“ beklagt sie. Und so ist sie froh, über den Betriebshilfsdienst eine Entlastung für die allgemeinen Arbeiten zu bekommen.

Erich von Hofe

Wal-Mart mit neuem Versuch

Neue Eigenmarke wird als neuer Angriff auf Aldi gewertet

Das weltweit agierende US-amerikanische Lebensmittelhandelsunternehmen Wal-Mart hat in seinen deutschen Märkten eine neue Eigenmarke mit dem Titel „Smart Price“ eingeführt und damit Befürchtungen genährt, möglicherweise eine neue Etappe im Tiefpreiskampf der Handelsunternehmen auszulösen. Nach Angaben der Lebensmittelzeitung zeigten sich sowohl Vertreter der Ernährungsindustrie als auch des Handels überrascht von Wal-Marts Vorstoß eines neuen Markensortiments, das ausschließlich für den deutschen Markt entwickelt worden sei. Mitte Mai umfasste das Sortiment, das mit einem roten Fuchs ausgezeichnet ist, rund 80 Produkte, wobei die Preise fast durchweg unter dem Preiseinstiegsniveau des übrigen Handels lagen, so die Lebensmittelzeitung. Zu den Preisunterbietungen zitiert das Blatt einen Hersteller mit den Worten: „Das ist unglaublich.“ Weil es sich bei den Produkten überwiegend um Grundnahrungsmittel wie Mehl,

Zucker, Salz, Reis, H-Milch usw. handelt, wird die Einführung der Marke als Angriff vor allem auf Aldi, den marktstärksten Discounter im deutschen Lebensmittelhandel, gewertet. Denn Aldi hat gerade in diesem Bereich seit Jahren die Preisführerschaft inne. Somit wartet die Branche nun, wie der Discounter reagieren wird. Von nervöser Stimmung in den Zentralen der Handelshäuser spricht die Lebensmittelzeitung. Wal-Mart ist mit seinen 74 Intersparmärkten und 21 Wertkauf SB-Warenhäusern erst seit gut zwei Jahren im deutschen Markt nicht aufgehen, weil hier Discounter in klassischen Bereichen stärker sind als es ein Handelsunternehmen mit einem breiten Warenangebot je sein kann. – Mal sehn ... *uj*

Hühner vor Gericht

„Hühner sind keine Maulwürfe“ stellte das Landgericht Ansbach fest

Die fränkische Gemeinde S. stellte kürzlich fest, dass die Fahrbahndecke im Bereich ihrer Stadtmauer eingebrochen war. Sie meinte, den Schuldigen dingfest machen zu können und beklagte deshalb einen Hühnerhalter auf 22.500 DM Schadenersatz, der angrenzend auf seinem Grundstück 20 Rhodeländer-Hühner hält. Diese Hühner, so die Gemeinde, hätten unter den Sandsteinbögen der Stadtmauer nicht nur gescharrt, sondern hätten dort auch Hohlräume gewühlt und so die Straße zum Einsturz gebracht. Das Landgericht Ansbach hat diese Klage nun mit folgender Begründung als unbegründet abgelehnt: „Hühner sind keine Maulwürfe. Während es dem Wesen eines Maulwurfs als einem meist unterirdisch

lebenden Grabtier, dessen Vorderextremitäten zu großen Grabschaufeln entwickelt sind (Brockhaus, Enzyklopädie in 24 Bänden, 19. Auflage, 1991, Stichwort Maulwurf) entspricht, in Dunkelheit lange unterirdische Gänge zu graben, ist ein derartiges Verhalten von Hühnern nicht gerichtsbekannt. Bei Hühnern (auch Hühnervogel genannt) handelt es sich vielmehr um meist am Boden lebende Scharrvögel mit kräftigen vierzehigen Füßen, drei scharrtüchtigen Vorderzehen und einer bodenfernen Hinterzehe (Brockhaus, der neue Brockhaus in vier Bänden, 1938, Stichwort Hühnervogel). Wie sich aus der Bezeichnung als Scharrvogel bereits ergibt und auch gerichtsbekannt ist, pflegen Hühner durchaus – z.B. auf der Suche nach Nahrung – kräftig auf dem Boden zu scharren; dass sie aber bis zu zwei Meter lange Gänge in völliger Finsternis graben, ist demgegenüber nicht bekannt, zumal es sich bei Hühnern nicht um in Dunkelheit, sondern am Tage aktive Tiere handelt.“ *en*



„Wie sich aus der Bezeichnung als Scharrvogel bereits ergibt ...“ (Landgericht Ansbach).

KURZES AM RANDE

Fleisch-Kooperation

Die Großschlachtereie Emil Färber, Emmendingen, und der Fleischvermarkter Ferdinand Möhrle, Mengen, haben sich laut Lebensmittelzeitung auf eine Kooperation geeinigt. Beide kommen zusammen auf einen Umsatz von 550 Mio DM. en

Syngenta-Dominanzen

Der geplante Zusammenschluß der Chemiekonzerne Novartis und AstraZeneca würde dem neugebildeten Unternehmen Syngenta auf dem Markt für Getreidefungizide eine zu dominierende Stellung verschaffen. Dies befürchten die Wettbewerbshüter der EU-Kommission und wollen deshalb die geplante Fusion noch einmal überprüfen. Bedenken hat die Kommission besonders bei den Strobilurinen, aber auch bei Rüben-Fungiziden und Maisherbiziden. en

US-Konzerne müssen Viehpreise melden

In den USA müssen größere Schlachtereien und Fleischverarbeiter künftig regelmäßig ihre Einkaufspreise für Lebendvieh an das Landwirtschaftsministerium melden. Das sieht ein laut AgroOnline ein Gesetzentwurf vor, der in einem zunehmend konzentrierten Markt mehr Preistransparenz schaffen soll, vor allem für kleinere und mittlere Mäster. en

Mast in Rußland

Die 33 führenden amerikanischen Geflügelmast-Unternehmen wollen gemeinsam mit der russischen Firma Einar in Rußland 36 neue Geflügelfarmen errichten. Nach acht Jahren wollen die US-Konzerne ihre Anteile an den amerikanisch-russischen Gemeinschaftsunternehmen an die russische Seite veräußern, um dann mit dem Erlös daraus erneut in neue ähnliche Projekte einzusteigen. en

Antibiotika in Hähnchen

In 10 Prozent aller in Holland gehandelten Hähnchenfilets sind nach Angaben des Internetdienstes AgriHolland Antibiotika enthalten. Diese Ergebnisse einer Stichprobe des niederländischen Verbraucherverbands verstärken die Sorge, daß Bakterien gegen diese Antibiotika resistent werden. en

Ungarn hat Pohlmann abgewiesen

Der in Deutschland mit einem Berufsverbot belegte Agrarindustrielle Anton Pohlmann („Hühnerbaron“) hat von der ungarischen Regierung zum Bau einer Groß-Anlage für insgesamt 7 Millionen Hühner keine Genehmigung erhalten. Die Inbetriebnahme einer solchen Anlage hätte nach Ansicht von Experten den ungarischen Eiermarkt vollkommen zusammenbrechen lassen, denn Ungarn zählt bisher rund 10 Millionen Legehennen. Der deutsche Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke begrüßte die Entscheidung der ungarischen Regierung, dem ein Informationsaustausch von Fachleuten beider Länder vorangegangen sei. Mit Blick auf die Osterweiterung der EU sagte Funke, diese Entscheidung sei auch ein Sieg für den Tierschutz in Europa. Nachdem es mit intensiven Bemühungen gelungen sei, sich in der EU auf gemeinsame „tiergerechte Regelungen der Hennenhaltung“ zu verständigen, sei jetzt verhindert worden, dass diese Regelungen durch Anlagen in einem Beitrittsland ausgehebelt würden, so Funke. pm

Deml würdigt regionale Vermarktung

Die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte komme Verbrauchern und Landwirten gleichermaßen zu Gute. Sie durch Maßnahmen und Initiativen gezielt zu stärken, bleibe daher ein wichtiges Ziel bayerischer Agrarpolitik. Das erklärte Marianne Deml, Staatssekretärin im bayerischen Landwirtschaftsministerium, zur Eröffnung der Ausstellung „Weil man weiß, wo's herkommt“ in Landshut. Deml: „Eine Vermarktung der kurzen Wege sichert Frische und hohe Qualität, schafft Vertrauen beim Verbraucher und schont unsere natürlichen Lebensgrundlagen.“ Für die Betriebe sei Regionalvermarktung zudem ein Beitrag zur Existenzsicherung, da Wertschöpfung und Einkommensmöglichkeiten in der Region blieben. Seit 1994 seien im Sb- und LEADER-Programm in Bayern 25 Millionen DM für 900 Projekte eingesetzt worden. pm

Was die Schweine-Hygieneverordnung bringt

Die Bundesländer arbeiten derzeit an der Umsetzung der Schweinehaltungshygieneverordnung. Gegen die Schweinepest hilft sie wenig

Für die einen ist sie ein Instrument zur Kriminalisierung aller SchweinehalterInnen. Die anderen versprechen sich von ihr einen wirksamen Schutz vor Schweinepest und anderen Seuchen und Krankheiten. Die Rede

befugtes Füttern und Betreten verboten! bei Auslauf- und Freilandhaltungen) anbringen müssen. Hofbesucher, die die Schweine in Abstimmung mit dem Tierbesitzer und in betriebseigener Schutzkleidung besichtigen, gelten

Der Studie zufolge waren im Untersuchungszeitraum über 70% der KSP-Ausbrüche auf die Verschleppung der Erstausrücker zurückzuführen. Tierverkehr nahm bei den Verschleppungsursachen den größten Anteil ein. So glaubt Jan Hempler von der NEULAND-Beratungsstelle für tiergerechte umweltschonende Nutztierhaltung in Lüneburg auch nicht, dass die SchHaltHygV wirkungsvoll gegen KSP nützt. „Das Grundproblem des Tierverkehrs bleibt bestehen“, sagt er und betont, dass die KSP „keinen NEULAND-Betrieb erwischt hat, weil wir diesen Tierverkehr nicht haben.“ Aber Hempler sieht auch Vorteile der Verordnung, z.B. dass weniger infektiöse Krankheiten als die Pest nicht in den Bestand eingeschleppt werden.

und mangelnde Dokumentation in Zuchtbetrieben zählen laut Piontkowski zu den Verstößen gegen das Tierseuchengesetz. Außerdem würden gegebenenfalls keine Entschädigungen für Tierverluste nach dem Tierseuchengesetz gezahlt.

Tierverkehr ungehindert

Den meisten kleineren und mittleren Betrieben wird es nicht schwer fallen, die Bestimmungen der Verordnung einzuhalten, da teure bauliche Veränderungen nur für große Betriebe (Anlage 3) verlangt werden. Eine Ausnahme stellt der doppelte Zaun bei Freilandhaltungen dar, der die Bauern einiges kosten kann.

Der Hauptkritikpunkt an der SchHaltHygV richtet sich aber dagegen, dass gegen die Ausbreitung der Schweinepest als klassische Tierverkehrsseuche Hygienemaßnahmen wenig helfen, sondern bei den Voraussetzungen für Tiertransporte anzusetzen ist. Bestimmungen, die den Tierverkehr einschränken; die artgerechte Tierhaltung und regionale Vermarktungsstrukturen fördern; die Maximalgrößen für Betriebe vorschreiben und

Rechtliche Konsequenzen

Wer die Auflagen der SchHaltHygV nicht einhält und beanstandete Mängel nicht innerhalb eines halben Jahres beseitigt, dem drohen Ordnungsstrafen bis zum Tierverbringungsverbot und gar Entzug der Genehmigung zum Betrieb einer Freilandhaltung. Für bauliche Veränderungen, die auf-



ist von der bundesweit geltenden Schweinehaltungshygieneverordnung (SchHaltHygV), die am 12.6.1999 in Kraft getreten ist und die alte Tierseuchenschweinehaltungsverordnung ersetzt.

Nun geht es auf Ebene der Bundesländer an die Auslegung und Umsetzung der Verordnung, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen etwa werden derzeit die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung mit den Veterinären abgestimmt, um sie bald zu verabschieden. Weil Tierseuchenrecht Ländersache ist, haben die Bundesländer die Möglichkeit, über die Ausführungshinweise Einfluss auf die Interpretation der Verordnung zu nehmen. Überall jedoch bleibt das Ziel der Verordnung, „einen Schutzwall aufzubauen gegen Erreger, die von draußen (in Schweinebestände) eindringen können“, wie es Dr. Martin Heilemann, Veterinär im schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerium, formuliert.

Zu den Vorschriften

Die SchHaltHygV unterscheidet zwischen Stallhaltung und Freilandhaltung. Auslaufhaltung wird als eine Form der Stallhaltung angesehen. Unabhängig von der Betriebsgröße müssen alle Schweinebestände von einem Tierarzt, der eine besondere Qualifikation nachweisen muss, betreut werden. Anlage 1 bestimmt, dass alle SchweinehalterInnen Schilder mit der Aufschrift 'Schweinebestand – für Unbefugte betreten verboten!' (bzw. 'Un-

als befugt.

Anlagen 2 bis 5 enthalten – nach Betriebsgröße gestaffelt – Vorschriften zu baulichen Voraussetzungen (z.B. befestigte Einrichtungen zum Verladen von Schweinen, eigener Umkleiraum bei Betrieben mit mehr als 700 Mastplätzen), Vorschriften zur Dokumentation, zu hygienischen Maßnahmen (z.B. Reinigung und Desinfektion von Schuhzeug und von Fahrzeugrädern, Schädnerbekämpfung), und zum Umgang mit Dung und sonstigen flüssigen Abgängen.

Für Bauern, die ihre Schweine ausschließlich im Freien halten, ist neu, dass sie eine Genehmigung beantragen müssen. Zusätzlich sieht die Verordnung doppelte Zäune vor, wobei in Schleswig-Holstein der „Außenbegrenzungszaun zumindest im unteren Drittel engmaschig und zuverlässig gegen Unterwühlten gesichert sein muss“. In Niedersachsen und NRW wird noch überlegt, ob der zweite Zaun nicht auch ein Elektrozaun sein kann.

Schutz vor Pest?

Als Schutz gegen die Schweinepest, der gefürchtetsten Schweinekrankheit, sind diese Maßnahmen jedoch nur bedingt tauglich. Nach einer Untersuchung der tierärztlichen Hochschule Hannover wird die Klassische Schweinepest (KSP) in Deutschland bei Hausschweinen von außen (durch infizierte Speiseabfälle oder Kontakte zu infizierten Wildschweinen) eingeschleppt und dann weiter übertragen.



Manch ein Apfel der Versuchung muss nun im Korb bleiben, denn Füttern und Betreten sind nur noch Befugten erlaubt.

grund der SchHaltHygV nötig geworden sind, gilt eine Übergangsfrist bis 2003. Dr. Arno Piontkowski, Hauptdezernent für Veterinärangelegenheiten der Bezirksregierung Münster, spricht sogar von Bußgeldern bis zu 50.000 DM, die verhängt werden können, wenn ein Bauer fahrlässig im Sinne des Tierseuchengesetzes handelt. Fehlende Bestandsbetreuung durch einen Tierarzt, keine Reaktion auf gehäuftes Auftreten von Krankheiten

nur niedrige Anzahlen von Zukaufstieren erlauben und damit das Pestrisiko verringern; die sind fehlen weiterhin.

Ute Hörcher

Schweinehaltungshygieneverordnung im Internet; unter „Dokumente“ bei www.agrar.de. Auszüge der Forschungsarbeit des Institutes für Virologie der tierärztlichen Hochschule Hannover unter www.bml.de/tiergesundheits/schweinepest.htm

Ein Erlebnisweg Landwirtschaft

Neue gemeinsame Wege für Landwirtschaft und Tourismus am westlichen Bodensee

Jahr für Jahr zieht es hunderttausende Feriengäste an den Bodensee. Insbesondere die Kulturlandschaft am westlichen Teil, dem sogenannten Untersee, präsentiert sich in einem interessanten Wechsel von Wäldern, Wiesen, Weiden, Ackerfluren und alten Streuobstgürteln um die Dörfer und Bauernhöfe. Generationen von Bäuerinnen und Bauern haben diese Landschaft durch ihre Bewirtschaftung geprägt. Auch heute sorgen bäuerliche Familienbetriebe dafür, dass diese Vielfalt, der besondere Reiz dieser Region, für Gäste und Einheimische erhalten bleibt.

Durch eine zweijährige Kooperationsarbeit des Tourismusvereins „Tourismus Untersee“, der „Bodensee-Stiftung“ und dem „Modellprojekt Konstanz“ wurde ein landwirtschaftlicher Erlebnisweg in dieser Region realisiert und nun offiziell eingeweiht. Der Weg ist als grenzüberschreitender Kurs (Schweiz und Deutschland) rund um den Untersee angelegt.

Wie wird die Milch zum Käse? Wie bereite ich ein gutes Fischgericht mit Bodenseefischen zu? Was krecht und fleucht im Naturschutzgebiet? Auf diese und viele andere Fragen zum Thema Landwirtschaft, Natur und Kultur will das „Erlebnisradeln am Untersee“ Antwort geben. Auf dem etwa 120 km langen Weg bieten 44 Erlebnisstationen Information und Spaß für die ganze Familie. Bauernhöfe, romantische Unterkunftsmöglichkeiten, Naturschutzzentren, Restaurants und weitere attraktive Einkehrmöglichkeiten bieten Kultur und Natur zum Fühlen, Schmecken und Anfassen. Die Höfe öffnen Stall- und Hoftür. „Schlaf im Stroh“ macht das Übernachten zum Erlebnis,

und es besteht die Möglichkeit, sich direkt auf dem Hof mit frischen Lebensmitteln einzudecken. Eselreiten, Kutschfahrten, geführte Kräuterwanderungen, Strandbäder und Solarfahre, leckere Gerichte aus der Region und vieles mehr machen die Radtour zum spannenden Abenteuer.

Guter Start

Bedingt durch seine Konzeption als gut ausgedachter Radweg mit hohem Erlebniswert ist der Weg zudem ein attraktives Angebot für professionelle Radreiseveranstalter. Diese können die Zielgruppe der Genussradler durch Servicepakete mit Leihrad, Übernachtungsbuchung, Gepäcktransport, Pannendienst, Reisebegleitung und Animation etc. erreichen. Und dieses Angebot scheint aufzugehen. Schon im ersten Monat haben sich über diesen Weg auf den einzelnen Betrieben jeweils über 100 Übernachtungen im Stroh angemeldet. Ein sehr positives Signal für den Start des „Erlebnisradelns“.

Neben dem Landwirtschaftsweg gibt es weitere sieben Touren, die in Form von Landkarte und Heft als Gesamtpaket angeboten werden („Erlebniswege am westlichen Bodensee“, ISBN 3-89021-589-0, 14,80 DM). Das Gesamtpaket der acht Erlebniswege ist ein bislang einmaliges Kooperationsprojekt, in dem grenzübergreifend Partner aus den Bereichen Tourismus, Umwelt- und Naturschutz, Kommunen und der Landwirtschaft zusammenarbeiten. Es bietet neue Möglichkeiten, die vielseitige und einzigartige Landschaft am Untersee aktiv kennenzulernen.

Thomas N. Schumacher

Infos: Modellprojekt Konstanz, ☎ 07771-922158



Die neuen Radtouren im Bodensee-Gebiet holen Menschen auf die Höfe, bringen ihnen Landwirtschaft und Landschaft näher.

KURZES AM RANDE

Einkaufen – Wandern

Auch der Bioring Allgäu e.V. sucht die Verbindung zwischen Landwirtschaft und Tourismus. In dem neuen Allgäuer Bauernhof-Führer finden sich neben der Liste von rund 300 Bio-Hofläden im Allgäu auch sieben Wander- bzw. Ausflugsrouten, die zu Hofläden oder Wochenmärkten führen. Den Einkaufs- und Wanderführer gibts für 5,00 DM beim Bio-Ring Allgäu, Kapellenplatz 4, 87439 Kempten, pm



Dorfgemeinschaft und Nachbarschaft

Als Vorteile des Dorflebens hat der Talkshow-Pastor Fliege kürzlich in einem Interview die stärkere Gemeinschaft und den positiven Umgang mit Nachbarschaft herausgestellt: „In vielen Dörfern gibt es noch das, was ich die Struktur der Hundert nenne. Man muss hundert Leute kennen, um glücklich zu sein. Mit dem einen kann man über Brot reden, mit dem anderen übers Wetter, mit dem dritten über Sex, mit dem vierten kann man schweigen. Die Familie alleine reicht nicht, um glücklich zu werden. Man braucht dazu noch eine Gemeinde, eine Gemeinschaft. Und die ist in der Stadt schwieriger zu finden als auf dem Dorf. (...) Wenn man glaubt, aussuchen zu können, ist man schon auf dem falschen Dampfer. Der Nachbar, der nebenan wohnt, hinterm Maschendrahtzaun, der ist doch die Herausforderung des Lebens. Jesus sagt: Freunde sind kein Problem, liebt Eure Feinde! Also: nicht aussuchen, sondern akzeptieren lernen. Das kann man im Dorf viel schneller als in der Stadt.“ en

Pläne für Stadtgut bei Schwerin

Ein „gläserner Bauernhof“ soll im Rahmen der Bundesgartenschau direkt vor den Toren Schwerins entstehen. Auf dem Gut Medewede sollen zunächst für 6,6 Millionen Mark die baufälligen Gebäude saniert werden. Wie die Schweriner Volkszeitung meldet, gibt es darüber hinaus Pläne für die Haltung von 80 Schweinen, mindestens 60 Milchkühen sowie eine Bäckerei, einen Hofladen, ein Restaurant und Urlaub auf dem Bauernhof.

Pächter für Berliner Stadtgüter?

Der Berliner Senat will seine acht Stadtgüter mit 21.000 ha und 13.000 Rindern verpachten. Laut Handelsblatt arbeitet man derzeit an einer europaweiten Ausschreibung. Ein Pächter könnte – im Gegensatz zu städtisch bewirtschafteten Gütern – Fördermittel von Bund und EU beanspruchen. An der neuen privatwirtschaftlichen „Gesellschaft für Agrarwirtschaft“ will die Stadt Berlin deshalb nur noch einen Minderheitenbeteiligung behalten. Die neue Gesellschaft würde u. a. 6000 Kühe (gehalten vor allem in alten DDR-Riesenanlagen) und eine Milchquote von 45 Mio. kg übernehmen. In der Vergangenheit wurde die Berliner Emzett-Molkerei (jetzt Campina) als Pacht-Interessent vermutet. Die Berliner Stadtgüter liegen auf dem Gebiet Brandenburgs rings um die Stadt. In der Stadt wird seit langem darüber debattiert, ob man diese Flächen evtl. für gewerbliche Zwecke verkaufen könne oder ob sie als Grün- bzw. Landwirtschaftsflächen in Stadtnähe erhalten bleiben sollen. gf

Streit um Agra-Gelände

Um das Agra-Gelände in Markleeberg (bei Leipzig) gibt es laut Sächsischer Zeitung Streit: Das Ausstellungslände, auf der zu DDR-Zeiten die großen „Agrar“-Landwirtschaftsmessen stattfanden, gehört der Stadt Leipzig. Und die will die Ausstellungsgebäude abreißen und stattdessen einen Wohnpark errichten. Die Markleeberger Agra-Messepark-Betriebsgesellschaft, die das Gelände von Leipzig noch bis 2001 gepachtet hat, will an diesem „historisch gewachsenen Platz“ einen Themenpark über Landwirtschaft und Umwelt mit Publikumsangebot und Fachmessen schaffen. Dazu passe thematisch auch das Landwirtschaftsmuseum nebenan, in dem die Agrargeschichte der DDR aufgearbeitet und präsentiert wird. Die Stadt Leipzig hat in diesem Zusammenhang ihre Besorgnis wegen möglicher Sanierungskosten geäußert, während die Befürworter des Projekt argwöhnen, die Stadt Leipzig fürchte nur einen Konkurrenzmesseplatz neben den neuen Leipziger Messehallen. en

Das internationale Reisforschungsinstitut IRRI in Laguna/Philippinen feierte im April diesen Jahres seinen 40. Geburtstag – Anlass für die philippinische Kleinbauernorganisation KMP (Kilusang Magbubukid ng Pilipinas) und den Verband ehemaliger IRRI-Arbeiter BISSIG, dem Landwirtschaftsministerium in Manila Pestizidbehälter vor die Tür zu werfen und vor IRRI's Toren eine nächtliche Mahnwache abzuhalten. Nach 40 Jahren IRRI-Betrieb sind die philippinischen Bäuerinnen und Bauern ärmer als je zuvor, und nur das Agrobusiness hat profitiert, während das Land in steigendem Ausmaß Reis importieren muss.

Das IRRI arbeitet seit seiner Gründung im Jahr 1960 eng mit der Saatgut- und agrochemischen Industrie zusammen. Es hatte maßgeblichen Einfluss bei der Durchsetzung der sogenannten „Grünen Revolution“, d.h. der Verbreitung von Hochleistungssorten im Paket mit Pflanzenschutz- und Düngemitteln.

Seit 1969 pachtete IRRI Land benachbarter Bauern zu und garantierte dafür den Familien Arbeitsplätze im Institut. Aber seit 1989 hat IRRI mehr als 1.000 dieser Beschäftigten ent-

Reisforschung für andere

Philippinische Bauern beklagen falsche Politik des Internationalen Reisforschungsinstituts

lassen. Das Land gab es nicht zurück, und der Rechtsweg ist den Betroffenen verschlossen, da IRRI aufgrund eines diplomatischen Sonderstatus Immunität genießt.

Die Reisbauern in Laguna ernteten vor der „Grünen Revolution“ 30 dt Reis pro Hektar und gaben dafür 2.000 Pesos aus. Heutzutage liegt der Ertrag von IRRI-Hochertragsorten bei 55 dt,

aber Dünger und Pestizide kosten 25.000 Pesos pro Hektar. Trotzdem ist es schwer, zu nachhaltigen Produktionsweisen zurückzukehren, denn hunderte von lokalen Reissvarietäten sind unwiederbringlich vernichtet und die Böden sind so degradiert, dass der Wiederaufbau der Fruchtbarkeit Jahre dauern kann.

„Grüne Revolution“ verheerend

Rafael Mariano, KMP-Vorsitzender, fasste die „Entwicklung“ zusammen: Anstatt Pflanzen zu züchten, die den Bäuerinnen und Bauern mit verbesserten Ernten unter ungünstigen Wachstumsbedingungen zugute kommen, haben Konzerne in Sorten investiert, die dazu zwingen, ständig neues Saatgut und Chemikalien zu kaufen. IRRI's sogenannte Hochertragsorten haben zudem die Braune Heuschrecke herangezüchtet, die die Reisbestände abfrisst und alle Insektizidbehandlungen überlebt.

„IRRI, Monster, Monster, raus“ lauteten deshalb die Sprechchöre der Demonstranten, die befürchteten, dass das Land demnächst auch noch mit unberechenbaren genmanipulierten Reissorten überschwemmt wird.

Jutta Uhlenbusch



Gegen die Ausrichtung des Internationalen Reisforschungsinstituts (IRRI) auf die Interessen der chemischen Industrie protestierten Anfang April philippinische Kleinbauern und ehemalige Mitarbeiter des IRRI. Foto: Uhlenbusch

Leserbrief

Leserbrief zu „Gesundheitsrisiko Veterinär-Medizin“ in Bauernstimme 4/2000

Der massive Einsatz von Antibiotika als Wachstumsförderer im Futter und zur Behandlung bzw. Vorbeugung von haltungsbedingten Erkrankungen in der Massentierhaltung gehört zweifellos zu den bedenklichsten Erscheinungen der „modernen“ Landwirtschaft. In der Humanmedizin wird angesichts der Resistenzentwicklung schon vom nachantibiotischen Zeitalter gesprochen. Es ist zwar bis heute nicht nachgewiesen, dass der Einsatz in der Veterinärmedizin direkt zur Resistenzentwicklung beim Menschen beigetragen hat, der Verdacht liegt jedoch nahe. Der Erfolg des Verbots von Antibiotika als Futterzusatzstoff in Dänemark lässt hoffen, dass sich diese Entwicklung europaweit fortsetzt. Für die Resistenzentwicklung und den massiven Antibiotikaeinsatz in der

Landwirtschaft allerdings die Firma Bayer zum (Haupt-)Verantwortlichen zu erklären, ist eine nicht zulässige Vereinfachung. Die Ursachen dafür sind sehr viel vielfältiger und liegen in der Existenz der Massentierhaltung an sich begründet. Es wäre naiv zu erwarten, dass die Firma Bayer nicht versucht, weiter auf diesem Sektor Geld zu verdienen – genauso wie alle anderen Tierarzneimittelhersteller auch.

Baytril wird ersetzt

Außerdem wurde 'Baytril' als Fütterungsarzneimittel für Schweine kürzlich durch den Hersteller vom Markt genommen – angeblich wegen mangelnder Nachfrage! Genauso wird es Baytril als Fütterungsarzneimittel für Rinder ergehen, denn für diese Art des Einsatzes ist Baytril schlicht weg einfach zu teuer. Es wird also keineswegs bei fast allen Maßschweinen präventiv verabreicht. Bedenklich erscheint

hingegen die Zulassung von weiteren Fluochinolonen zur Anwendung beim Nutztier, zumal diese neuen Präparate von ihren Herstellern sehr viel billiger als Baytril angeboten werden. Der Preis als Hindernis für einen massiven Einsatz von Fluochinolonen ist also gefallen.

Der Tod von etwa 2000 Rindern nach einer Grippeimpfung mit verunreinigtem Impfstoff der Firmen Bayer und Hoechst ist zwar sehr bedauerlich, kann aber mit Resistenzentwicklung durch massiven Antibiotikaeinsatz in der Massentierhaltung nicht in Zusammenhang gebracht werden und gehört also nicht hierher. Generell ist das Prinzip vorbeugende Impfung statt Behandlung (womöglich mit Antibiotika) zu begrüßen und wird sich hoffentlich weiter durchsetzen. Immerhin ist durch den Impfunfall in Holland die Gefährlichkeit des Durchfallerregers, mit dem der Grippeimpfstoff verunreinigt war, noch einmal deutlich geworden. Die Bedeutung dieses Durchfallerregers, dem BVD-Virus, wird nämlich häufig unterschätzt.

Eine flächendeckende Impfung gegen dieses Virus würde sehr wahrscheinlich das Auftreten von Kälberdurchfall wenigstens teilweise stark vermindern, was wiederum zu einem Rückgang des Antibiotikaeinsatzes führen würde.

Michael Schimanski,
25785 Nordhastedt

Anmerkung der Redaktion: Der Autor des genannten Artikels, Philipp Mimkes, bittet um Nachsicht für zwei Fehler, die sich in seinen Artikel eingeschlichen haben: 1.) Der Wachstumsförderer Olaquinox von Bayer wurde im letzten Jahr verboten (u.a. wegen Erbgutschädigung). Olaquinox ist aber kein Antibiotikum. 2.) Baytril wurde 1995 zugelassen und wurde von Bayer zunächst als Futterbeigabe beworben. Nach Protesten von verschiedenen Seiten wurde das Präparat als Premix jedoch 1999 vom Markt genommen (offiziell wegen mangelndem Umsatz) und wird heute nur noch intravenös (vor allem bei Erkrankungen von Schweinen) eingesetzt. Der Verbrauch ist immer noch sehr hoch, so dass langfristig die Gefahr besteht, dass der Wirkstoff seine Wirksamkeit verliert. Eine routinemässige Verfütterung wird jedoch mit anderen Wirkstoffen vorgenommen (insbesondere mit Tetracyclinen), nicht aber mit Baytril.

Geschendorfer für Familie Begic

Ein Dorf solidarisiert sich mit einer kroatisch-bosnischen Familie gegen ihre Abschiebung

Geschendorf für die Familie Begic – Unter diesem Motto setzen sich die Einwohner des 500-Seelen-Dorfes im südlichen Schleswig-Holstein dafür ein, dass die kroatisch-bosnische Familie Begic nicht abgeschoben wird. Das Ehepaar Begic flüchtete 1992 vor Krieg und Vertreibung aus Sarajewo und stellte hier einen Asylantrag, der aber jahrelang nicht bearbeitet wurde. Zwischenzeitlich wurden sie der Gemeinde Geschendorf zugewiesen, und die verhielt sich laut Frankfurter Rundschau anders als viele andere

Kommunen: "Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, Container für diese Menschen aufzustellen. Wir haben eine Wohnung angemietet und uns von Anfang an bemüht, die Begics in unsere Kommune zu integrieren", sagt Bürgermeister Kock. Und das ist offensichtlich gelungen: Das Ehepaar lernte wie die mittlerweile hier geborenen beiden Kinder schnell Deutsch und nahm Arbeiten an, für die sich keine anderen Arbeitskräfte gefunden hatten: Armin Begic arbeitet auf einem Bauernhof, Danijela Begic im örtlichen Gasthof. Sie und ihre Kinder sind im Sport- und Kegelerverein aktiv und in Dorf- und Familienfeste des Dorfes einbezogen.

Als jetzt die Abschiebung drohte, forderten die Geschendorfer nicht nur in Bürgerversammlungen ein Bleiberecht, sondern das halbe Dorf fuhr auch in Bussen zur Ministerpräsidentin Simonis nach Kiel. In einer Erklärung („Wir sind das Volk“) fordern sie, in diesem humanitären Härtefall die Möglichkeit der Ausnahmegenehmigung anzuwenden. Das geschehe ja schließlich auch bei Spitzfußballern wie einem Bosnier beim FC Bayern: „Armin“, so der Gemeinderat Lübker, „ist auch ein guter Fußballer.“ Wie sie ihrem Anliegen noch mehr Nachdruck verleihen könnten, haben die Geschendorfer auch schon überlegt: Wenn sie alle zusammen – die Bauern vorweg mit ihren Treckern – zur selben Zeit hinaus auf die nahe B 206 fahren würden, wäre es interessant zu sehen, wie lang ein Stau werden könnte... *en*

Fehlerteufel

Was heute alles geschlachtet wird... Der vielseitig bekannte Bauernstimme-Leser Willig Dohemann hat im Blatt des Niedersächsischen Landvolkverbandes eine zweideutige Hinterlassung des Fehlerteufels gefunden. Es heißt da: „Der Trend zur Konzentration zeichne eine zunehmende Zahl an Tierbewegungen nach sich. Zucht-, Nutz- und Schlachttiere würden oft über große Entfernungen zu den spezialisierten Vertrieben oder Schlachtstätten gefahren, wobei oft mehrere Viehhandelsunternehmen hintereinander geschlachtet würden.“ Willi Dohemann schreibt uns dazu: „Dieser Druckfehler beschreibt auch eine traurige Wahrheit! In 'meiner Zeit' gaben im Kirchspiel Asendorf 9 Viehhändler auf. Eine Viehverwertungsgenossenschaft wurde 'wegfusioniert'“

Leserbrief

Leserbrief zur Einstellung des DBV zu den Nachbaugebühren

Mit großem Bedauern musste ich als Mitglied des Deutschen Bauernverbandes (DBV) nun erneut feststellen, dass der DBV nicht gewillt ist, die Interessen der breiten Mitgliedschaft bezüglich der Abschaffung von Nachbaugebühren und Auskunftspflicht zu vertreten. Das Kooperationsabkommen von DBV und Pflanzenzüchterverband wird nach wie vor vom DBV gelobt.

Die von der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren in Prozessen bei verschiedenen Landgerichten erreichten Fortschritte bezüglich Einschränkung der Auskunftspflicht in Form und Umfang sind dem DBV unangenehm und werden daher

ignoriert und totgeschwiegen. Jetzt, wo der DBV jegliche Form der Zusammenarbeit mit der Initiative gegen Nachbaugebühren abgelehnt hat, kann man nur zu der Schlussfolgerung kommen, dass der DBV nicht bereit ist, Aktivitäten zur Abschaffung der Nachbaugebühren zu entwickeln.

Bei einer derart schlechten Interessenvertretung braucht sich die Spitze des DBVs nicht zu wundern, wenn die Mitglieder austreten bzw. ihre Beitragszahlungen kürzen oder aussetzen. Vielleicht ist dies die einzige Möglichkeit, die Funktionäre der Verbandsspitze zur Vernunft zu bringen.

Martin Forsbach, 52388 Nörvenich, rheinländischer Sprecher der Interessengemeinschaft gegen Nachbaugesetze und Nachbaugebühren

Hofnachfolger – oder lieber doch nicht?

„Es gibt keinen Punkt an dem wir stehen bleiben können und sagen: 'Jetzt haben wir's – so muss es sein. So werden wir es immer machen!' Wir sind immer unterwegs!“

Vor einigen Wochen trafen sich liebe Verwandte und Freunde, um die Konfirmation unseres jüngsten Sohnes zu feiern. Der Konfirmand hatte sich schon „ausgeklingt“, um die Geschenke zu sichten und mit den wenigen jugendlichen Gästen die verschiedenen elektronischen Medien zu nutzen. Nachdem die Neuigkeiten ausgetauscht waren, stellte jemand die Frage, ob unser Sohn denn wohl den Hof übernehmen wolle. Da er meistens auf diese Frage mit „ich weiß es noch nicht“ antwortet, gab ich meine eigene Meinung zum Besten: Selbstverständlich unterstütze ich ihn, Landwirtschaft zu lernen, wenn er sich dafür entscheidet. Gleichzeitig halte ich es nicht für sinnvoll, dass er unseren Hof übernimmt. Unser Hof liegt mitten im Ort und unser Boden ist steinreich und wasserarm. Es gibt ökologisch bessere Standorte, um sinnvoll Landwirtschaft zu betreiben.



... aus Niedersachsen

Diese Einschätzung empörte vor allem den Patenonkel, selbst aktiver Bioland-Bauer. Statt unseren Hof schon aufzugeben, solle ich lieber nach Alternativen suchen, vielfältige Möglichkeiten ständen offen: Sonderkulturen, Direktvermarktung, Tourismus, sozialtherapeutische Arbeit usw.

„Positiv denken“ auf neu-deutsch, eine wichtige Seite der Medaille.

Im Rückblick auf das Leben meiner Mutter – einige Wochen später an ihrem 70sten Geburtstag – bekam die Frage Hofnachfolge zusätzlich eine biographische Dimension. 1946 mit sechzehn Jahren kam meine Mutter auf den Hof ihres Onkels, weil sie auf dem Hof wenigstens satt wurde. Siebzehn Jahre arbeitete sie auf diesem Hof für Kost und Logis, weil sie den Hof erben sollte. Mehr als einmal hatte sie sich damals gewünscht, sich gegen diesen Hof entscheiden zu können. Und heute? Wer entscheidet sich für den Hof und wer dagegen? Einige zahlen einen hohen Preis für ihre Entscheidung, andere erleben Glück und Zufriedenheit. Ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften, innere und äußere Freiheit entwickeln, den Lebensalltag individuell gestalten, familiäre Strukturen wählen mit Hof oder ohne?

Es wird ein „hartes Brot“ bleiben, mit Landwirtschaft am Markt zu bestehen. Flexibilität, Kreativität, Originalität und Mobilität müssen einher gehen mit „Berufung“.

Sollte mein Sohn sich entscheiden, mit Landwirtschaft seine ökonomische Existenz zu sichern, wünsche ich mir, dass er sich viel Zeit nimmt, um Höfe in aller Welt kennenzulernen und um Erfahrungen in anderen Berufsfeldern zu sammeln. Wenn er unseren Hof dann in ca. 15 Jahren übernehmen will, weiß er – hoffentlich – wofür er sich entscheidet.

Eine Bäuerin (44 Jahre) erzählt ...

LESE-BUCH

TIP

Das Food-Coop Handbuch



Was sind „Food-Coops“ eigentlich, und wie funktionieren diese Einkaufsgemeinschaften für ökologische Lebensmittel und Non-food-Produkte? Wie läuft der Warenbezug, wie die Warenabgabe an die Mitglieder, wie wird die Ware bezahlt und was ist, wenn Ware Mängel aufweist? Auf diese und viele andere praktische Fragen beim Aufbau und der Organisation einer solchen Food-Coop zum gemeinsamen (kostengünstigeren) Einkauf weiß dieser Ratgeber Antworten. Für die umfangreichen Praxiserfahrungen, die hier weitergegeben werden, steht die Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen e.V. als Herausgeberin.

Das Food-Coop Handbuch – gemeinsam ökologisch handeln. 112 S., 20,00 DM, zu beziehen über den ABL-Verlag

Einkaufen verändert die Welt



Das Angebot für uns Verbraucher/innen im „globalen Supermarkt“ wächst und wächst, aber es wird auch immer undurchschaubarer. Über die Produktionsbedingungen, die Herstellung der Lebensmittel und ihre Inhaltsstoffe wissen wir meist wenig Bescheid. Auf der anderen Seite wächst das Bedürfnis, die Herkunft der Nahrungsmittel zu kennen und ihren Weg nachvollziehen zu können. Das u.a. von im Fairen Handel engagierten Autorinnen geschriebene Buch zeigt die Auswirkungen unserer Ernährung auf Umwelt und Entwicklung bei uns sowie in den Ländern des Südens auf und bietet Alternativen für unseren täglichen Konsum. Dabei steht nicht Verzicht im Vordergrund, sondern Lebensfreude und Genuss durch bewussten Konsum. Aus Sicht der Autoren bieten hierfür der ökologische Landbau und der Faire Handel die besten Möglichkeiten.

E. Heusinger, T. Reichert, K. Wöldecke u.a.: Einkaufen verändert die Welt. 125 S., 14,80 DM, zu beziehen im ABL-Verlag

Die Sonne und ihre Kinder

In diesem Kinderbuch (für 5-8-Jährige) spielen drei Geschwister Kim, Katja und Käppi sowie die Sonne die Hauptrolle. Die von Siegfried Pater geschriebene und mit Bildern von Dorothee Wolters illustrierte Geschichte erzählt, was die Kinder Schönes und Empörendes (Gift spritzender Nachbar) in ihrem Garten entdecken. Schließlich geht es um die gefährlichen Sonnenstrahlen, vor denen die Kinder geschützt werden sollen. Doch es kommt anders: Die Autos werden zu Blumentöpfen, die Luft wird rein, und Sonne und Kinder kommen wieder zusammen... Siegfried Pater bietet kostenlose Autorenlesungen in Kindergärten o.ä. an. Kontakt: S. Pater, Bonner Talweg 317, 53129 Bonn, ☎ 0228-236484.

Die Sonne und ihre Kinder. Horlemann Verlag, 36 S., 19,80 DM

Institutionen im Agrarbereich

Die aktuelle Ausgabe des umfassenden Standardwerks enthält Adressen (inkl. E-Mail, Homepage) und Ansprechpartner aller wichtigen Institutionen des Agrarbereichs (Ministerien, Kammern, Verbände, Beratungs- u. Forschungseinrichtungen). Berücksichtigt sind die zahlreichen Änderungen im letzten Jahr, z.B. durch die Umzüge nach Berlin oder Fusionen.

Behörden und Organisationen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft 2000. 712 S., 219,00 DM zzgl. Versand u. MwSt., Bezug bei Behr's Verlag, Auerhoffstr. 10, 22085 Hamburg

Pflanzenkrankheiten im Ackerbau

Ein reich bebildertes Bestimmungsschlüssel für die Einschätzung der Befallsituation bei den wichtigsten Ackerbau-Kulturen. Für die wichtigsten Krankheiten und Schädlinge bei Getreide, Zuckerrübe, Raps, Kartoffel, Ackerbohnen, Erbsen und Mais werden knapp und übersichtlich Schadbild, Biologie des Erregers und Bekämpfungsprinzipien aufgeführt. en Heitfuss u.a.: Pflanzenkrankheiten und Schädlinge im Ackerbau. 4. Aufl. 165 S., 261 Abb., Verlagsunion Agrar/DLG-Verlag Frankfurt/M.

Über Borgentreich, Strukturwandel und Regionalisierung

Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf

Seit Jahren“, schreibt die Soziologin Christa Müller, habe sie in Borgentreich (Ostwestfalen) auf dem Fögenhof „in der Ernte, bei der Feld- und Stallarbeit sowie bei der Vermarktung der Produkte“ geholfen. Außerdem hat sie „zig Gespräche mit aktiven und ehemaligen Bäuerinnen und Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten geführt. Ihr Untersuchungsbericht schlägt den Bogen von der eigenständigen lokalen und noch dazu „moralischen“ Ökonomie der 50er Jahre über den Strukturwandel bis zur heutigen Bürgerinitiative „Lebenswertes Bördeland und Diemetal“ und zur Upländer Bauernmolkerei. Wie Beteiligte und Betroffene diese Entwicklung erlebt haben, steht im Mittelpunkt.

Aus den Erzählungen ihrer Gesprächspartner rekonstruiert Müller zunächst die Funktionsweise der früheren Wirtschaftsweisen, die sich auf mehrere Prinzipien gründete: Gegenseitigkeit, soziale Verantwortung und Erhaltung statt Wachstum. Während die Handwerker für die Bauern arbeiteten, bearbeiteten die Bauern das Land der Handwerker, die für den Eigenbedarf auch noch ein paar Tiere hielten. Geld spielte nur eine geringe Rolle: So behielt der Müller einen Teil des Getreides als Mahlohn, während der Tischler im Gemischtwarenladen so lange „umsonst“ einkaufen konnte, bis der Preis der von ihm gebauten Regale erreicht war. Häufig wurde erst am Jahresende abgerechnet und dabei auch nur „über den Daumen“ kalkuliert, so dass sich die gegenseitigen Forderungen zumeist ausglich. Die Arbeit diente in erster Linie nicht dem Geldwerb, sondern der Lebenssicherung. Wer konnte, erwies sich als großzügig und hat dabei „so manchen Betrag in den Wind geschrieben“. Wer jedoch sein Brot nicht bezahlen konnte, der bekam es umsonst: „Man konnte die Leute ja schließlich nicht verhungern lassen“, erklärt der Bäckermeister. Daher bezeichnet Müller diese Wirtschaftsweisen zu Recht als „moralisch“.

Warum aber ließ sich diese Ökonomie wi-

derstandslos zerstören und durch den globalen, anonymen Markt ersetzen? Müller verweist nicht nur auf die ach so böse Agrarpolitik, sondern zitiert aus ihren Interviews auch viele persönliche Motive: z.B. den Wunsch nach Brot aus Weißmehl, nach Reifen aus Gummi, den Wettbewerb um den größten Traktor u.a. Längst wurde die frühere Hoffnung auf ein besseres Leben abgelöst von der Suche nach „Überlebensstrategien im globa-



Über verlorene „moralische“ Wirtschaftsweisen in Borgentreich, an der Grenze von Ostwestfalen und Nordhessen, berichtet Christa Müller in ihrem Buch. Hier das eingemeindete Dorf Körbecke. Foto: Erdmanski-Sasse

lisierten Dorf“. Müller läßt den „Modernisierer aus Überzeugung“ und den „aus Zwang“ genauso zu Wort kommen wie Wachstumskritiker und Vertreter des ökologischen Landbaus sowie der Regionalinitiativen, die heute wieder an die früheren moralischen Prinzipien anknüpfen.

Insgesamt hat Müller neue und wichtige Thesen zum Strukturwandel und zu einer moralischen Ökonomie als Alternative aufgestellt. Die Ergebnisse ihrer Interviews hat sie ergänzt um wirtschaftstheoretische Überlegungen sowie um eine Kritik der Nachhaltigkeits-Debatte und der Ökosteuern. Wer will, kann daher mit dem Lesen auf Seite 59 anfangen, wo die konkrete Analyse über Borgentreich beginnt. Leider machen allzu viele gequälte akademische Formulierungen wie die „Monetarisierung der Reziprozität – Entökonomisierung der Subsistenz“ das Buch schwer verdaulich. Immerhin erhielt Christa Müller den Schweisfurth-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie.

Ulrich Häpke

Christa Müller (1998): Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf. Bäuerliche Überlebensstrategien zwischen Weltmarktintegration und Regionalisierung. 232 S., Campus Verlag, 44,00 DM, zu beziehen über den ABL-Verlag.

Leben mit Bodenhaftung

Mit den Worten eines Kritikers hat sich Wendell Berry zum „besten derzeit in Amerika arbeitenden Essayisten“ entwickelt. Viele von denen, die sich heute in Sachen Umwelt und Natur zu Wort melden, schreiben entweder bloß darüber, was sie denken, oder bloß darüber, was sie machen. Berry vereinigt diese beiden Seiten in seinem Leben und Schreiben. Für ihn muss ein echter Bauer ein guter Denker sein; zumal heute, wo so viele an der Gedankenlosigkeit verdienen wollen, muss aber auch ein Denker Boden unter den Füßen haben, wenn er mehr sein will als ein Phantast oder Moralprediger. Berry macht Zusammenhänge

sichtbar, die er nicht nur analysiert hat, sondern die er Tag für Tag erlebt. Er steht mit seinem Leben für jedes Wort ein, das er sagt – und er geht, fern aller Phrasen und großen Töne, mit der Sprache so pfleglich um wie mit dem Land, das er bestellt. Die 14 Essays und 2 Gedichte beschreiben die Verbundenheit mit der Erde durch eine nachhaltige Landwirtschaft, deren Realität jenseits von eng gedachtem ökologischem Landbau liegt.

Thorsten Michaelis

Wendell Berry: Leben mit Bodenhaftung – Essays zur landwirtschaftlichen Kultur und Unkultur. E. Degreif Verlag, 2000, 208 S., 39,00 DM, zu beziehen beim ABL-Verlag.

Fernsehabend: Liebe zum Land

Der „Liebe zum Land“ ist am 18. Juni der Themenabend bei ARTE gewidmet. Nach dem Vilsmeyer-Spielfilm **Herbstmilch** (20.45 Uhr) über das Leben der niederbayerischen Bäuerin Anna Wimschneider zeigt der Dokumentarfilm **Im Herzen ein Bauer** (22.35 Uhr) die Motivation einer elsässischen Jungbäuerin und eines spanischen und eines brandenburgischen Bauern, weiterhin Bauern zu sein. Abschließend begleitet der nie-

derländische Filmemacher Jos de Putter seine Eltern während des letzten Jahres auf ihrem Hof, den sie mangels Umsatz und Nachfolger aufgeben. Ein poetischer Film, der erzählt, warum es so weh tut, dem anstrengenden Leben als Bauer den Rücken zu kehren (**Das war ein schöner Tag**, 23.45 Uhr).



Im Herzen eine Bäuerin

Bestellcoupon aus Liebe zum Land ...

Ich bestelle:

- ... Expl. Der kritische Agrarbericht 2000 für 38 DM _____ DM
 ... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: _____ DM
 (2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM; 7 Ausgaben 130 DM; 8 Ausgaben 140 DM)
 ... Expl. Leitfaden zur Regionalentwicklung, 32,80 DM _____ DM
 ... Expl. Landwirtschaft, Umwelt und die Mythen der Wissenschaft, 18 DM _____ DM
 außerdem:

Porto 5,- DM
 Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Summe _____ DM

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

LESE-BUCH

TIP

Agenda 21 – wie weiter?

Beispiele und Hintergrundinformation zum Bereich Landwirtschaft im „Leitfaden zur Regionalentwicklung“

Es ist wohl kein Zufall, dass viele Gesprächskreise zur „Agenda 21“ sich dem Thema Lebensmittel-Umwelt-Landwirtschaft annehmen. Die Landwirtschaft steht sozusagen hoch im Kurs, wenn sich engagierte Menschen mit der Frage beschäftigen, wie unser Leben und Wirtschaften nachhaltig gestaltet werden kann.

Zur Erzeugung unserer Lebensmittel fällt allen etwas ein – etwas, was nicht den Verbraucher-Wünschen entspricht, und etwas, was erhalten bleiben und vor dem rollenden Zug des anonymen Eiereis gerettet werden soll. Doch: Wie fängt man das an? Und wer sollte anfangen damit? Mit wem könnten wir uns zusammenschließen?

Interessiert die Verbraucher denn überhaupt, wie es uns Bauern und Bäuerinnen geht? Umgekehrt: Blocken Bauern und Bäuerinnen nicht sofort ab, wenn wir mit unseren Wünschen auf sie zu gehen?

Das Suchen nach Antworten auf diese Fragen kann einem da letztendlich niemand abnehmen – es kommt auf den Versuch an. Aber es gibt Beispiele der Zusammenarbeit aus Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz, Kirche, Verbraucher- und Tierschutz an vielen Orten, von denen wir lernen können.

Solche Beispiele aufzuzeigen mit ihren positiven und auch negativen Erfahrungen, das ist das Anliegen des von der ABL herausgegebenen „Leitfadens zur Regionalentwicklung“. In diesem Buch werden Projekte der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse beschrieben – einige sehr ausführlich, andere kurz und knapp. Der Leser erfährt, was die Idee der Akteure war und was in der Wirklichkeit daraus entwickelt wurde; was geklappt hat und was nicht, und aus welchen Gründen.

Eigentlich ist es ein Lesebuch, das zum Verstehen und zum Selbermachen anregt. Angereichert ist das Buch dann noch mit Informationen zum Hintergrund der Regionalentwicklung, zu Möglichkeiten der finanziellen Förderung und zur allgemeinen Situation auf wichtigen landwirtschaftlichen Märkten.

Leitfaden zur Regionalentwicklung, Nov. 1997, 448 S., 32,80 DM, ISBN 3-930413-11-6. Zu beziehen über den ABL-Verlag.



Agrarforschung als Mythenbildung

Über die Mythen der Agrarwissenschaft

Die Wahrheit liegt eigentlich nahe: Ein Huhn gehört nicht in den Käfig, die Kuh ist ein lebendiges Wesen und kein Hochleistungsroboter, ihr Rülpsen ist nicht vergleichbar mit dem Abgas eines Autos. Wer von der Wissenschaft Beweise für diese naheliegenden Wahrheiten fordert, wird schnell enttäuscht. Auch die Agrarwissenschaftler unterliegen dem Zeitgeist, und der diktiert Rationalität und Effizienzsteigerung als die Gebote unserer Leistungsgesellschaft.

Bernd Keller spürt diesen Zeitgeist in der Agrarforschung auf und fördert daneben alten Wissen über die „alten“ Wahrheiten zu Tage, die aus dem Erfahrungsschatz von Bäuerinnen und Bauern rühren und von Wissenschaftlern aufgearbeitet wurden. Das alles ist – dem Autor sei gedankt – dabei noch ausgesprochen unterhaltsam gelungen.

Bernd Keller: Landwirtschaft, Umwelt und die Mythen der Wissenschaft. Juni 1998, 90 S., 18,00 DM, ISBN 3-930 413-07-8. Zu beziehen über den ABL-Verlag.



Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MwSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

● Spaß am Umgang mit Kühen? Bioland-Hof (nahe München, Milchvieh-Laufstall, Acker + Grünland, Direktvermarktung) sucht ab 1. August Azubi, Praktikant/in oder Mitarbeiter/in. Hans Schmid + Astrid Niemann, ☎ / Fax: 08138-8325

● Bio-Selbstversorgerhof, 10 ha arondiert, mitten im Wald, 800 m zum Ostseestrand, in schön er Einzeltage mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten (Obstplantage), 4 WE, 300 qm Wohnfl., Energie aus Wind u. Sonne, Eigenwasser, baubiol. renoviert u. ausgebaut, solide Nebengebäude, teilw. neu. Unter Angebot (Höchstgebot nicht entscheidend): ☎ 04636-8494

● In unserer Hof- und Lebensgemeinschaft sind Plätze frei für neue Mitglieder (kurz- und langzeit) und Praktikantinnen! Arbeitsbereiche auf unserem 35 ha Biohof: Landwirtschaft mit Zugpferden, Milchkuhhaltung mit Handmelken, Hofkäserei und -bäckerei, Gemüse- und Obstbau, Hühnerhaltung. Kontakt: Miriam Schuster, Anne Scheele, La Grande Chouanière, F-72170 Segrie, Frankreich, ☎ 0033-243333965

● Suchen Verstärkung in den Bereichen Vermarktung, Käserei und/oder Acker-, Futterbau (hier auch Erntehelfer) ab Juli 2000. Wir sind ein 180 ha Bioland-Hof mit Ackerbau, 35 Milchkuhen, Nachzucht, Schweinen und Hofkäserei in der Nähe von Stralsund. ☎ / Fax: 038327-80090

● Familie (m. 43, w. 36, 2, 1 J.) und Pferd suchen kinderfreundliche Wohnmöglichkeit auf dem Land, gern Hofgemeinschaft. Evtl. Mitarbeiter, z.B. Garten, Küche, Tiere, (Reit-)Tourismus, Tischlerei. Bevorzugt SW-Deutschland. Regine Behrens, Kleinmoor 5, 21369 Nahren-dorf

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmer, Sipplingen, ☎ 07551/63609

Urlaub

● Mit Mull, Pferd und Esel wandern wir unbeschwert durch die umbrischen Berge. Die Tiere tragen Zelte, Essen usw. für 3-7 Tage zu Fuß. Info: Hinterland G. Mittenzwei, Monticchio 64, I-06060 Castiglione Cosco (PG), Italien, ☎ 0039-0758355062

Hof 75 ha, in Hessen:

- 1/2 Acker, 1/2 Grünland,
 - mit Mutterkuhquote,
 - 12 Jahre pfluglos,
 - mit Direktvermarktung
- unter Mithilfe zu verpachten.

Chiffre 6/00-1

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731

**ERNTEN SIE NUR EINMAL IM JAHR ? proVENTO**

ERNTEN SIE DAS GANZE JAHR !!!

WIR HELFEN IHNEN DABEI OHNE FINANZIELLES RISIKO. OHNE MEHRARBEIT. MIT GARANTIERTEM ERFOLG.

WIR BIETEN IHNEN FÜR GEEIGNETE FLÄCHEN ZUR ERRICHTUNG VON WINDENERGIEANLAGEN:

- LANGFRISTIGE PACTVERHÄLTNISSE (CA. 25 JAHRE), WOBEI DAS LAND WIE BISHER FAST OHNE EINSCHRÄNKUNG GENUTZT WERDEN KANN,

ODER

- KAUF DER FLÄCHE MIT PACTMÖGLICHKEIT FÜR SIE.

WIR INFORMIEREN SIE GERNE.

IHRE
PROVENTO-GRUPPE

KOBLENZER STR. 13
56759 KAISERSESCH
TEL.: 02653 / 590 850
FAX: 02653 / 590 850

Veranstaltungskalender**Abl. Hessen: Rapsöl**

12. Juni 2000, Ökol. Schullandheim Alheim-Licherode (Nähe Rotenburg/Fulda)
In der Diskussion mit Praktikern soll der Einsatz von Pflanzenölen als Treibstoff und zur Energiegewinnung diskutiert werden. Besuch des EXPO-2000-Dorfes Oberelfenbach mit neuen landwirtschaftlichen Energiekonzepten.
Info: AG ländliche Entwicklung, Uni GHK, 34109 Kassel, ☎ 0561-804-3206

Landschaft & Energie

20. Juni 2000, Odratz/St. Marienthal
Regenerative Energien als zukunftsfähige Perspektive und ökologische Alternative werden besonders in Landschaften angestrebt, die durch traditionelle Energieversorgung zerstört sind. Die Tagung stellt Modelle vor.
Evang. Akademie Baden, 76137 Karlsruhe, ☎ 0721-9349-290 / 298

Bayern Regenerativ 2000

14. - 16. Juli 2000, Messe Augsburg
Fachmesse mit Kongress zur erneuerbaren Energien.
erneuerbare energien, Heutlingen, ☎ 07121-937520, Fax: -371835, www.energie-server.de

Gene und Klone in der Tierzucht?

8. Juni 2000, 19.30 Uhr, Liekeveiler Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Welche Chancen und Risiken bietet die Gentechnik in der Rinderzucht? Wie ist das Klonen von Schafen, Kühen, Ziegen und Mäusen für die zukünftige Entwicklung der Tierhaltung zu bewerten? Diskussionsabend mit Dettmar Frese (Geschäftsführer der Rinderproduktion Niedersachsen), Anita Idel (Tierärztin, AG Kritische Tiermedizin), Joost Meyerholz (Kreislandwirt), Karl-Heinz Rengstorf (Abl.).
Info: Erich von Hofe, ☎ 04233-592

Linsen-Vielfalt

24. Juni 2000, 14 Uhr, Hof Weng, Schönhagen bei Heiligenstadt
Ackerbesichtigung auf dem Demeter-Betrieb von Frau Weng, wo Linsen-Landsorten zum Probeanbau vermehrt und im Rahmen eines Forschungsprojektes züchterisch bearbeitet werden.
Info: ☎ 036083-50022 oder -41081

Werkstatt Regionalentwicklung

19. - 21. Juni 2000, Kassel
In 3 Bereichen werden vertiefende Kompetenzen der Regionalberatungspraxis vermittelt: Die Trainingsmodule „Regionalmanagement / Regionalberatung“, „Soziale Unternehmensformen und Selbsthilfe“ und „Mediation in der Regionalentwicklung“ werden parallel durchgeführt. Im gemeinsamen Rahmenprogramm werden heutige Anforderungen und Aufgaben im Berufsfeld Regionalentwicklung erörtert.
Akademie der KLJB, Drachenfeststr. 23, 53604 Bad Honnef, ☎ 02224-4965-40

Region und Markt

25. - 30. Juni 2000, Altes Forsthaus Germerode (Nordhessen)
Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung. Themen: Wie entwirft man regionale Marketingkon-

zepte? Globalisierung und regionale Ökonomie. Regionen im Internet. Wo steht die europäische Regionalpolitik?
Univ. Gh Kassel, Fachbereich 13, ☎ 0561-804-2364 / -3505, Fax: -2388

Nachhaltiges Sojaschrot?

7. - 9. Juni 2000, Ev. Akademie Loccum
Nachhaltiges Sojaschrot als Futtermittel? „Agenda 21 - Stoffstromorientierter Diskurs zur Futtermittelproblematik am Beispiel von Soja aus Brasilien“.
Info: Kerstin Lanje, ☎ 05766-81-187

Strukturförderung

20. - 21. Juni 2000, Bonn-Röttgen
Workshop des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zur neuen EU-Strukturförderung: „Die Weichen richtig gestellt?“
Dt. Landjugend-Akademie, in der Wehrheide 1, 53125 Bonn-Röttgen, ☎ 0228-91929-36

Gentechnik I

23. - 24. Juni 2000, F. Schiller-Universität
Tagung von Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen in Zusammenarbeit u. a. mit Thüringer Ökoherz und BUND Thüringen. Ziel der Tagung ist der Meinungsaustausch über Chancen u. Risiken der Gentechnik mit dem Ziel eines Konsenses im Umgang mit dem „gentechnisch Machbaren und Verantwortbaren“. Ausgangspunkt: 1.) Nichts wird das neue Jahrhundert so nachhaltig prägen wie die Gentechnik; 2.) Die Gentechnik birgt bei „unsachgemäßer Anwendung“ ein hohes Risikopotential.
H.-Böll-Stiftung Thüringen, Lange Brücke 33/34, 99084 Erfurt, ☎ 0361-5553241

Gentechnik II: GAGATU

27. Aug. - 3. Sept. 2000, Köln
Gentechnik ist die Antwort - was aber war die Frage? Von Sinterdijk bis Vitamin-A-Risik, was steht dahinter? Welche der möglichen Zukünfte wollen wir? Wo liegt das Problemlösungspotential der Gentechnik? 7 Tage kreative Aktionen und viel Zeit für Diskussionen mit Menschen aus aller Welt.
GeN-ethisches Netzwerk, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin, ☎ 030-6858030

Betriebsleiterinnen

1. - 2. Juli 2000, Ev. Landjugendakademie Alheim-Licherode
Wie gestalten Frauen ihre noch fast vorbildlose Aufgabe als Leiterin eines landwirtschaftlichen Betriebes? Wie vertreten sie sich auf dem Betrieb, in der eigenen und der Elternfamilie, unter Kollegen und in der Öffentlichkeit? Hier sollen die spezifischen Anforderungen an Frauen in dieser Position sowie mögliche Strategien für einen möglichst erfolgreichen Umgang damit diskutiert werden.
KLJB, ☎ 02224-9465-26, eJ: 02681-9415-24

Wendland-Sommercamp

22. - 30. Juli 2000
Sommercamp mit voraussichtlich ca. 300 Teilnehmenden aus Widerstand, Utopie, Campen, Vernetzen, Workshops, Sonne, Party.
Verdenf. Umweltwerkstatt, Klaus Dichtel, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, ☎ 04231-957571

Kleinlandwirtschaft

21. - 25. Juli 2000, Humboldt Univ. Berlin, Invalidenstr. 42
Internationale Konferenz zu „Perspektiven der Kleinlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land“ mit dem Untertitel: „Zur sozialen und ökologischen Notwendigkeit einer weiblichen Ökonomie“.
AG Kleinlandwirtschaft, Podbielskiallee 64, 14195 Berlin, ☎ 030-31471326, E-mail: gartenkonferenz@gma.de

Ökolandbau-Tage

9. - 25. Juni 2000, Niedersachsen
Aktionstage Ökolandbau in Niedersachsen mit Auftaktveranstaltung: Hoffest der Hermannsdorfer Landwerkstätten am Kronsberg/Hannover am 9.6.00; Bohlsener Mühlenfest am 17.6.00 und zahlreichen Hoffesten und Veranstaltungen.
Programm: Marketinggesellschaft für Nds. Agrarprodukte, ☎ 0511-34879-43

Wasserschutz & Ökolandbau

15. Juni 2000, 10.00 - 17.00 Uhr, FH Nordost-Niedersachsen in Suderburg
Fachtagung zur Frage, auf welche Weise der Ökolandbau dem Schutz des (Trink-)Wassers dient.
Info: Competence Centrum Suderburg, ☎ 05826-9590, Fax: -100

Fleischrinderschau

11. - 13. Aug. 2000, Schönbrunn bei Rothenburg o.d.T.
Zur 2. Europäischen Fleischrinderschau, die im Rahmen des Weidefestivals 2000 stattfindet, können Züchter noch Tiere melden.
Info: Weidefleisch Franken, ☎ 09868-5680, Fax: -5557, www.weidefleisch.de

Agenda 21 in der Rhön

21. - 25. Aug. 2000, 36132 Eiterfeld
Seminar zur Agenda 21 im Biosphärenreservat Rhön - Zukunftsperspektiven für eine ländliche Modellregion.
HWHS Burg Fürsteneck, ☎ 06672-9202-0

EU-Osterweiterung

28. Aug. - 1. Sept. 2000, Bergneustadt
„Weichenstellungen für eine europäische Zukunft.“ Welche Länder werden in den nächsten Jahren der Europäischen Union beitreten? Mit welchen Bedingungen und Auflagen ist das verbunden? Welche Veränderungen betreffen die Agrar-, Regional-, Struktur- und Haushaltspolitik?
Alfred-Nau-Akademie, Pf 1359, 51691 Bergneustadt, ☎ 02261-4641

Im Oberbergischen

3. - 7. Juli 2000, Bergneustadt
Fahrrad- und Wanderseminar zum „Naturschutz in der Kulturlandschaft“. Der Prozess der Entwicklung der Natur-zur Kulturlandschaft soll deutlich gemacht und Konzepte zur Einbindung von Landwirtschaft in den Naturschutz vorgestellt werden.
Alfred-Nau-Akademie, Pf 1359, 51691 Bergneustadt, ☎ 02261-4641

Rund um den Wein

31. Juli - 4. Aug. 2000, Schloss Föhlingen
„Von meinem Freund und seinem Weinberg will ich singen“. Eine Woche rund um den Wein.
Evang. Akademie Baden, 76137 Karlsruhe, ☎ 0721-9349-290 / 298



Arbeitskreise der AbL-Zukunftskonferenz

Koordination/Bundesvorstand Andrea Fink-Keßler, ☎ 0561-27224, Afink-Kessler@t-online.de

AK 1: Medien Tilo Braun, ☎ /Fax: 07805-5465

AK 2: Finanzen Hans-Bernd Hartmann, ☎ 02921-33152, hartmann.soest@t-online.de

AK 3: Strukturen Thorsten Michaelis, ☎ 0641-394366, thorsten.michaelis@agr.uni-giessen.de

AK 4: Aktionen Martin Hofstetter, ☎ 0561-719255

AK 5: Kommunikation Wiebe Erdmansi-Sasse, ☎ 05242-48185, bauernstim@aol.com

AK 6: Arbeit Gyso von Bonin, ☎ 02902/57366; Gerda Weber, ☎ 07841-699105, bachweg5@t-online.de

AK 7: Internationale Zusammenarbeit Cristoph Gesang, ☎ 0421-3499077, sozialoekologie@aol.com

AK 8: Regionalentwicklung Siegfried Jäckle, ☎ 07724/7992 (abends), 0771-808282 (tags)

AK 9: Jugend Arnd Berner, ☎ /Fax: 05563-910705

AK 10: Frauen Maria Heubuch, ☎ /Fax: 07561-5937

AK 11: Zusammenarbeit Gerhard Hirn, ☎ 02241-29384, g.hirn@t-online.de

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wlster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderalt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stühwoldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/83048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05202/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5284
Gütersloh: Erika Kattenstroh, ☎ 05241/57099
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Lichtenauer Weg 34, 35396 Gießen, ☎ 0641/5590003
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Eilwerath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/6011, Fax: 06763/5558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Böhnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Ubele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Eible, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltzrieder ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzebach, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Etl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Kontakt: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaidorf-Reipersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@agoronet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Dalke Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbagesetze und Nachbaugebühren, Adli Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Ich werde Mitglied in der **AbL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der AbL werden
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaar und Hufgemeinschaften von DM 200,-
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von DM 200,- DM 250,- oder DM _____ zu zahlen.
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis liegt bei)
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unternehmerin einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungswise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erlaube Ihnen eine Einzugsmachtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 1,-)
- Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme
- ja nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu zahlenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL bzw. AbL-Verwaltung weiterleitet. Widerrufrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Wiebe Erdmansi-Sasse, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL, Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags-GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12658 E

Bauernsonntag

I
Eigentlich ist heute Mittwoch
aber es regnet wieder
zum ersten Mal seit Wochen

draußen war soviel zu tun
dass ich diesen Regen herbeigesehnt habe
um endlich einmal wieder
innezuhalten
durchzuatmen
aufzutanken
und zwar nicht den Trecker

heute ist Mittwoch
aber heute ist Bauernsonntag



Schwiegermutter hat frei
und die Kinder zu sich geholt

außer der Stallarbeit
wird heute nichts gemacht
keine Blick ins Büro
das Chaos dort kann warten
soll das Vertreterpack doch klingeln
die Tür bleibt zu

heute wird nicht einmal
die Bauernstimme angerührt

ich liege im Bett
mit meiner Liebsten
und feier Bauernsonntag

innehalten
durchatmen
auftanken
und zwar nicht den Trecker

bis zur Futterzeit
wissen wir wieder
dass es außer Kindern und Kühen
auch noch uns beide gibt

II
manchmal gibt es ihn wirklich
diesen Bauernsonntag
aber meistens träume ich nur davon
im Melkstand
beim Füttern
oder auf dem Trecker

Matthias Stührwaldt

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für danach

6/2000

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 70,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 120,- DM im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 35,- bzw. DM 70,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungswise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abos abgekündigt wird.
Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten
(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück,
Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838